

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
<b>Leitanträge</b>				
I01	<b>Mit offenem Herzen und wachem Verstand – Asyl und Integrationspolitik in Sachsen</b>		<b>mit Änderungen mehrheitlich angenommen</b>	
L01	<b>Unser Sachsen für morgen: Der Weg geht weiter.</b>	Diskussion durch den Parteitag	<b>mit Änderungen mehrheitlich angenommen</b>	
L02	<b>Kommunale Basis stärken</b>	Diskussion durch den Parteitag	<b>einstimmig angenommen</b>	
<b>Initiativanträge</b>				
I02	<b>Kommunalinvestitionspaket „Brücken in die Zukunft“ Kommunale Finanzkraft stärken / Gewinnerpaket für alle schnüren</b>		<b>einstimmig angenommen</b>	
<b>Anträge Asyl und Integration</b>				
AI01	<b>Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz</b>	Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	<b>einstimmig angenommen</b>	
AI02	<b>Asylrecht ist Menschenrecht!</b>	Diskussion durch den Parteitag	vom Antragssteller zurückgezogen	

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
AI03	<b>Offenheit statt Abschreckung – unsere Antworten auf die Flüchtlingssituation</b>	Diskussion durch den Parteitag	vom Antragssteller zurückgezogen	
AI04	<b>Unsere Verantwortung ist unser Boot – Asylverfahrensgesetz ändern!</b>	Diskussion durch den Parteitag	vom Antragssteller zurückgezogen	
AI05	<b>Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung</b>	Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	mit Änderungen mehrheitlich angenommen	
AI06	<b>Winterabschiebestopp in Sachsen</b>	Diskussion durch den Parteitag	vom Antragssteller zurückgezogen	
<b>Anträge Bildung</b>				
B01	<b>Politische Bildung 2.0 für Sachsen: Lebenslanges Lernen für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement.</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
B02	<b>Schulbauförderung für kreisfreie Städte</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
B03	<b>Die neue Wahlperiode auch für Sachsens Bibliotheken nutzen.</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
B04	<b>Gleichstellungsarbeit an sächsischen Hochschulen aufwerten</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
B05	<b>Gute studentische Arbeit an sächsischen Hochschulen</b>	Konsensliste *	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mit Änderungen einstimmig angenommen</b>
B06	<b>Digitalisierung der Bildung mithilfe von Open Educational Resources voranbringen</b>	Konsensliste *	Überweisung an den Landesparteirat	<b>einstimmig angenommen</b>
B07	<b>Nachhaltigkeit lernen, lehren und leben: Verankerung des Konzeptes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Leitidee bildungspolitischen Handelns</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
B08	<b>Mit neuem Schulgesetz Sachsens Schulen für die Zukunft rüsten</b>	Diskussion durch den Parteitag	<b>geänderte Fassung einstimmig angenommen</b>	
B09	<b>Novellierung des Schulgesetzes – Mitwirkungsrechte stärken</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	Überweisung an die Landtagsfraktion
B10	<b>Ergänzung des §39 des SchulG des Freistaates Sachsen</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	Überweisung an die Landtagsfraktion und Änderungsantrag ÄA01 zu B10 separat mit Änderung an die Landtagsfraktion überwiesen
B11	<b>Strukturierung des Unterrichts für Deutsch als Zweitsprache</b>	Diskussion durch den Parteitag	vom Antragssteller zurückgezogen	

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
B12	<b>Bessere Ausfinanzierung der sächsischen Fachhochschulen</b>	Diskussion durch den Parteitag	vom Antragssteller zurückgezogen	
B13	<b>Forschungsgrundfinanzierung für Fachhochschulen</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	Überweisung an die Landtagsfraktion
B14	<b>Das Semesterticket ist Aufgabe der Studienräte</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	vom Antragssteller zurückgezogen
<b>Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr</b>				
WA01	<b>Befristung von Arbeitsverträgen ohne Sachgrund abschaffen</b>	Konsensliste *	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich angenommen</b>
WA02	<b>Vermögensteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
WA03	<b>Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
WA04	<b>Mautpflicht für Omnibusse einführen!</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
WA05	<b>Europäische Kerosinsteuer einführen!</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
WA06	<b>Energieland Sachsen – Strukturwandel und Erneuerung</b>	Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	<b>geänderte Fassung einstimmig angenommen</b>	
WA07	<b>Neue Technologien für neue Energiekonzepte systematisch fördern</b>	Diskussion durch den Parteitag, erledigt bei Annahme von WA06	erledigt durch Annahme von WA06	
WA08	<b>Klimaschutz als Staatsziel</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich angenommen</b>
WA09	<b>Diskriminierung der Braunkohle stoppen!</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	vom Antragssteller zurückgezogen
<b>Anträge Familie, Soziales und Gesundheit</b>				
FSG01	<b>Anonymisierter Krankenschein für Sachsen</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
FSG02	<b>Anhebung der Behindertenpauschbeträge</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
FSG03	<b>Recht des elterlichen Unterhalts - Einführung des Wechselmodells als gesetzliche Option</b>	Diskussion durch den Parteitag	<b>geänderte Fassung einstimmig angenommen</b>	

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
<b>Anträge Inneres, Recht und Sicherheit</b>				
IRS01	<b>Entlastung der Gemeinden für Einsätze ihrer Feuerwehren auf der Autobahn</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
IRS02	<b>Lasst die Fahnen wehen! Flaggenverordnung ändern</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
IRS03	<b>Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutsch-mexikanischen Sicherheitsabkommen</b>	Konsensliste	<b>einstimmig angenommen</b>	
IRS04	<b>Nein heißt Nein! – Fehlendes Einverständnis als juristisches Merkmal für Vergewaltigung</b>	Konsensliste *	Überweisung an den Landesparteirat	vom Antragssteller zurückgezogen
IRS05	<b>Anlassunabhängige Recherche – Suche nach volksverhetzenden Postings nicht der Netzgemeinde überlassen</b>	Diskussion durch den Parteitag	<b>geänderte Fassung mehrheitlich angenommen</b>	
IRS06	<b>Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!</b>	Diskussion durch den Parteitag	<b>mehrheitlich angenommen</b>	
IRS07	<b>Privatisierungsbremse für Sachsen</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	Überweisung an die Landtagsfraktion

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
IRS08	<b>Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	vom Antragssteller zurückgezogen
<b>Anträge Umwelt und Verbraucherschutz</b>				
UV01	<b>Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen</b>	Konsensliste	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich angenommen</b>
UV02	<b>Mehr Anreize – weniger Antibiotika in der Tiermast!</b>	Konsensliste	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich angenommen</b>
UV03	<b>Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben</b>	Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich angenommen</b>
UV04	<b>Glyphosat aus dem Verkehr ziehen</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	<b>in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen</b>
<b>Anträge Parteileben</b>				
PL01	<b>Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – für einen fairen Mitgliederentscheid</b>	Konsensliste	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich angenommen</b>

## Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Thema	Votum der Antragskommission	Votum Landesparteitag	Votum Landesparteirat
PL02	<b>Information zur Inanspruchnahme des „Fonds für behinderungsbedingten Mehraufwand“ in Einladungen der SPD Sachsen und ihrer Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mit Änderung einstimmig angenommen</b>
PL03	<b>Wer, wenn nicht wir? Vereinbarkeit von Familie und Politik in der SPD Sachsen</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	vom Antragssteller zurückgezogen
PL04	<b>Lebendige Partei – gerade in Regierungszeiten</b>	Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mit Änderung mehrheitlich angenommen</b>
PL05	<b>Landeslisten mit echtem Reißverschluss auf allen Ebenen</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich abgelehnt</b>
PL06	<b>Tag der Sozialdemokratie in Leipzig</b>	Diskussion durch den Parteitag	Überweisung an den Landesparteirat	<b>mehrheitlich abgelehnt</b>
PL07	<b>Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands</b>	erledigt durch Beschlusslage von 2013	erledigt durch Beschlusslage von 2013	

## **Anträge Asyl und Integration**

### **Antrag AI01**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: „Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz“**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Wir begrüßen die von der SPD-Bundestagsfraktion angestoßene Diskussion über ein modernes Einwanderungsgesetz in Deutschland. Die Zusammenführung zahlreicher unterschiedlicher rechtlicher Regelungen und die Schaffung weiterer legaler Zuwanderungswege sind aus unserer Sicht schon lange überfällig. Ein Einwanderungsgesetz könnte hier Klarheit schaffen und erhebliche Verbesserungen mit sich bringen. Allerdings sind bisher nur einige mögliche Eckpunkte bekannt und viele für die Menschen wichtige Details noch gar nicht geklärt. Wir wollen diese Diskussion konstruktiv begleiten, aber zugleich auch einige Anforderungen formulieren, die ein solches Gesetz aus unserer Sicht mitbringen sollte:

- Wir lehnen ein rein nachfrageorientiertes Einwanderungsgesetz ab, das sich ausschließlich am angeblichen ökonomischen Wert eines Menschen orientiert. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen geben. Möglicherweise können Systeme wie z.B. die in den Vereinigten Staaten durchgeführte "Greencard-Lotterie" Ansatzpunkte dafür liefern.
- Das Recht auf Asyl darf im Zuge eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht weiter angetastet werden. Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen den Schutz von Flüchtlingen und humanitäre Pflichten ausgespielt werden. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf bei der Entscheidung über Asyl keine Rolle spielen. Im Rahmen des Asylverfahrens bestehende Barrieren, wie z.B. die nach 15 Monaten entfallende Vorrangprüfung wollen wir abschaffen.
- Bei der "nachfrageorientierten Zuwanderung" wird vielfach die Einrichtung einer Expertenkommission vorgeschlagen, die z.B. die Kriterien für die Erstellung eines Punktekatalogs entwickeln soll. Sofern ein solches Gremium in Betracht gezogen wird, ist für uns klar, dass nicht nur WirtschaftsvertreterInnen, sondern auch Sachverständige aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik, Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen und selbstverständlich auch MigrantInnenorganisationen beteiligt werden müssen. Ein neues Einwanderungsgesetz muss diskriminierungsfrei ausgestaltet sein und die tatsächlichen beruflichen und sozialen Erfahrungen der EinwanderInnen berücksichtigen.
- Wir sehen den systematischen Abzug von ausgebildeten Fachkräften aus Ländern mit erheblichen eigenen Entwicklungsdefiziten kritisch. Um die Möglichkeit zur

## **Anträge Asyl und Integration**

zwischenzeitlichen Rückkehr und des wirklichen Wissensaustauschs zu fördern, wollen wir eine Wiederkehr nach Deutschland ohne Verlust erworbener Rechtspositionen ermöglichen. Zudem soll auch die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen aus den jeweiligen Sozialversicherungen ermöglicht werden.

- Es muss in Zukunft möglich sein, dass z.B. AsylbewerberInnen auch aus ihrem laufenden Verfahren hinaus parallel eine Einwanderung im Sinne des neuen Gesetzes anstreben können. Der Wechsel des aufenthaltsrechtlichen Status muss deutlich vereinfacht werden.
- Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist weiter zu verbessern. Die Möglichkeiten zur partiellen Nachqualifizierung sind bisher nicht ausreichend und die finanzielle Belastungen durch Gebühren im Anerkennungsverfahren deutlich zu hoch und bundesweit uneinheitlich geregelt. Zudem sollte das Angebot berufsbezogener Deutschkurse systematisch ausgebaut werden.
- Zudem wollen wir die Möglichkeiten für junge Menschen verbessern nach Deutschland einzuwandern, um sich hier ausbilden zu lassen. Dafür sollen die Anerkennung von Schulabschlüssen und Möglichkeiten zur Nachqualifikation verbessert werden. Es soll inhaltliche und sprachliche Vorbereitungskurse geben, auch um über die Rechte als Auszubildende\*r oder Arbeitnehmer\*in aufzuklären. Es soll eine Agentur zur Vermittlung offener Ausbildungsstellen in das Ausland geschaffen werden.
- Im Rahmen der Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzes sollten auch weitere rechtliche Hürden abgebaut werden. So muss z.B. der Familiennachzug vereinfacht werden und die Hürden zur Einbürgerung sollten sinken. Die in der Vergangenheit durch die SPD erreichten Erfolge u.a. bei der gewachsenen Rolle des Geburtsrechts im Staatsangehörigkeitsrecht oder bei der Verleihung der doppelten Staatsbürgerschaft wollen wir weiter ausbauen. Für uns hat zudem die politische Partizipation von EinwanderInnen höchste Priorität. Wir wollen das Wahlrecht z.B. durch die Schaffung eines Kommunalwahlrechts für AusländerInnen (Änderung von Artikel 28, Absatz 1 GG) zugänglicher machen.

## **Anträge Asyl und Integration**

### **Antrag AI05**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag

**Votum des Parteitags:** mit Änderung mehrheitlich angenommen

### **Thema: „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung“**

Der Umgang mit in Deutschland ankommenden sogenannten Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) widerspricht den Regelungen und Schutzvereinbarungen der UN-Kinderrechtskonvention.

Von Aufnahme über Unterbringung und Betreuung ist die Situation von Flüchtlingskindern und -jugendlichen desaströs und bedarf dringender Veränderung und gezielter politischer Maßnahmen zur Verbesserung.

Daher fordert die SPD Sachsen endlich eine Kindeswohlorientierte Praxis im Umgang mit den minderjährigen Flüchtlingen hinsichtlich der folgenden Kriterien:

#### **Aufnahme und Registrierung**

Unter-16-Jährige werden meist in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht und erhalten einen Vormund. In vielen Bundesländern durchlaufen sie ein sogenanntes "Clearingverfahren", in Sachsen hingegen finden diese bisher aufgrund zu geringer Kapazitäten nicht statt. Dabei soll geklärt werden, welche Fluchtgründe vorliegen, wo noch Angehörige sind und welche Perspektive es in Deutschland gibt.

Hier besteht aus Sicht der SPD Sachsen die dringende Notwendigkeit, entsprechende beschleunigte Aufnahmeverfahren für minderjährige Flüchtlinge getrennt von allgemeinen Aufnahmestellen einzurichten. Die Feststellung des Alters der Flüchtlinge muss unter behördlicher Kontrolle im Sinne des Kindeswohls auf Basis psychologischer Gespräche erfolgen – Untersuchungen der Geschlechtsorgane, wie beispielsweise in Hamburg, müssen als Praxis zur Altersfeststellung bundesweit verboten werden.

#### **Unterbringung**

Die derzeitige Unterbringung, Betreuung und Begleitung von UMF ist aus Sicht der SPD Sachsen insbesondere für die 16- bis 18-Jährigen untragbar. Hier verstößt das Deutsche Asylrecht grundlegend gegen die UN-Kinderrechtskonvention!

Daher fordert die SPD Sachsen, unter 16-Jährige möglichst familiär in kleinen betreuten Wohngruppen oder Pflegefamilien unterzubringen, um den zumeist stark traumatisierten Kindern und Jugendlichen schnellstmöglich ein stabiles und sicheres Umfeld zu bieten, das dem Schutzbedürfnis gerecht wird.

Für die älteren ankommenden Jugendlichen ab 16 Jahren muss endlich Schluss sein mit der Praxis, dass sie oftmals über Wochen, gemeinsam mit Erwachsenen, in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und anschließend ebenso wie diese in Sammelunterkünften

## **Anträge Asyl und Integration**

ten untergebracht werden. Die SPD Sachsen fordert die Einhaltung der seit 2010 vorbehaltlos ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention und daher eine getrennte Unterbringung von Jugendlichen, auch über 16 Jahre, und Erwachsenen. Wir fordern, dass UMF über 16 Jahre ebenfalls sofort nach ihrer Ankunft in kleinen betreuten Wohngemeinschaften oder Pflegefamilien untergebracht werden.

Die SPD Sachsen setzt sich für den Ausbau und Qualifizierung des Pflegeelternnetzes ein. Gleiches gilt für die Gewinnung und Qualifizierung von Einzelvormündern für diese Kinder und Jugendlichen.

### **Begleitung und Betreuung**

UMF bedürfen besonderer Begleitung, Betreuung und besonderem Schutz. Die SPD Sachsen fordert eine umfassende und intensive persönliche gesundheitliche, psychologische und soziale Begleitung der Kinder und Jugendlichen. Dafür braucht es spezialisiertes Personal, das für jedes Kind und jeden Jugendlichen zur Verfügung steht. Die Kindheit und Jugend der UMF ist durch Krieg, Gewalt und Flucht ruckartig unterbrochen worden. Das bedeutet, dass Traumata aufgearbeitet werden müssen und die UMF Unterstützung dabei brauchen, das Erlebte zu ver- bzw. aufzuarbeiten.

Die SPD Sachsen fordert daher, mehr zu tun, als diese Kinder und Jugendliche medizinisch zu versorgen. Die psychische und soziale Begleitung sind als gleichwertig zu betrachten. Auch Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Kindheit.

### **Perspektiven**

UMF haben in den meisten Fällen mehrere Jahre in Krieg, Gewalt und auf der Flucht gelebt. Daher ist es aus Sicht der SPD Sachsen eine zwingende Notwendigkeit, den Kindern und Jugendlichen gemäß ihrer Begabungen und Wünsche, unabhängig vom Alter, Unterstützung zukommen zu lassen. Das bedeutet auch, dass beispielsweise an Schulen das Lehrpersonal geschult werden muss, dass für UMF andere Zugangs- und Prüfungsvooraussetzungen gelten sowie Klassenstufen über längere Zeiträume erreicht werden können. Perspektiven aufzeigen heißt auch hier, eine individuelle Betreuung zu gewährleisten, die unabhängig von sprachlicher Qualifikation mit dem Kind bzw. Jugendlichen gemeinsam entscheidet, welche Art der Bildung und Ausbildung angestrebt wird. Hier geht es um Mut machen, Chancen erkennen und Förderung!

### **Rechtliche Regelungen und Finanzen**

Wir fordern eine kindeswohlorientierte Praxis. Das bedeutet im Sinne der Kinderrechte, dass gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entschieden wird, welche Maßnahmen und Angebote genutzt werden. Gleichzeitig bedeutet es jedoch auch, dass Kindern und Jugendlichen besonderer Schutz und besondere Förderung zukommen muss.

Die SPD Sachsen fordert zudem, dass keine Abschiebung von UMF möglich ist. UMF, die während Krieg und Flucht von ihren Familien getrennt wurden oder Waisen sind, müssen uneingeschränkter Aufenthalt bekommen. Dieser dauerhaft garantierte Aufenthalt darf auch mit dem 18. Geburtstag nicht enden! Bisher ist es so, dass UMF nur geduldet wer-

## **Anträge Asyl und Integration**

den und ihr Asylverfahren meist erst zum 18. Geburtstag gekoppelt an bestimmte Kriterien, wie beispielsweise der 6-jährige Schulbesuch, entschieden wird. Diese Praxis widerspricht unserer Forderung nach einem dauerhaft sicheren Umfeld mit einer Zukunftsperspektive in Frieden für die UMF.

Wir fordern, dass die Begleitung und Betreuung von UMF Bundesangelegenheit wird und eine deutliche Finanzierungssteigerung erwirkt wird. Im Bundeshaushalt soll daher ein eigener Titel für die Versorgung der UMF veranschlagt werden, um so Länder und Kommunen zu entlasten sowie eine flächendeckende, einheitliche Finanzierung zu garantieren.

### **Umdenken in der Verwaltung**

Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in den Verwaltungsstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen. Dazu gehören Weiterbildungsmaßnahmen von Behördenmitarbeiter\_innen mit dem Ziel, sie für den Umgang mit UMF zu schulen. Ebenso ist es wichtig, klare Regelungen zur Beachtung des Kindeswohls in Durchführungsverordnungen und denen für die Ausländerbehörden verbindlichen Verwaltungsvorschriften zu den einschlägigen Gesetzen zu schaffen. Außerdem ist eine kindgerechte, personelle und finanziell ausreichende Ausstattung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensberatungsstellen unabdingbar.

## **Anträge Bildung**

### **Antrag B01**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Politische Bildung 2.0 für Sachsen: Lebenslanges Lernen für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement**

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Angesichts des Aufkommens von PEGIDA und der Zunahme von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen bekräftigen wir den Beschluss der sächsischen SPD von 2013 für eine „Demokratieoffensive Sachsen“. Wir fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf, diesen konsequent umzusetzen.<sup>1</sup>

Aktuelle Ereignisse wie auch die allgemeine Entwicklung des gesellschaftlichen Klimas speziell in Sachsen der vergangenen Jahre führen uns vor Augen, dass die politische Bildung im Freistaat grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden muss. Es gilt ein Lernkonzept für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln und zu implementieren, dass die Persönlichkeitsbildung mit dem Ziel verbindet, die Stabilität und Weiterentwicklung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu fördern.

Richtungsgebend soll hierbei das pädagogische Modell der Civic Education sein, das darauf zielt, durch lebenslanges soziales und interkulturelles Lernen demokratisches Handeln und Denken einzuüben. Die Schule als alle jungen Menschen erfassende Institution spielt hierbei eine herausragende Rolle. Civic Education muss als gesellschaftliche Allgemeinbildung in allen Bildungsgängen der allgemein- und berufsbildende Schulen sowie der Hochschulen verankert werden.

Der Begriff der „Civic Education“ wird hier in Abgrenzung zum Begriff der „Politischen Bildung“, der vordergründig auf kognitives Lernen abstellt, angewandt. Civic Education bündelt neben den Methoden der politischen Bildung ebenso Konzepte zur Stärkung von Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, der demokratischen Gestaltung des Alltags in pädagogischen Einrichtungen sowie der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Civic Education heißt also auch soziales Lernen. Politische Bildung hingegen beschränkt sich zumeist auf Universitäten und den Unterricht in den Schulen. Diese wird dort aber mehr als reine kognitive Lernaufgabe gefasst und nicht wie in anderen demokratischen Staaten als Erziehungsauftrag aller staatlichen (Bildungs-) Einrichtungen.

---

<sup>1</sup> Vgl. SPD Sachsen: Demokratieoffensive Sachsen – für ein Land, in dem jede Stimme zählt, Beschluss des Landesparteitages vom 12. Oktober 2013, unter: [http://www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2014/08/1\\_L01-Demokratieoffensive-Sachsen.pdf](http://www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2014/08/1_L01-Demokratieoffensive-Sachsen.pdf)

## **Anträge Bildung**

Konkret fordern wir:

- das Konzept der Civic Education insbesondere im Sächsischen Schulgesetz, in den Lehrplänen und Curricula zu verankern. Entsprechende Zielsetzungen sollen sich im Bildungsauftrag der Schulen widerspiegeln.
- dass Hochschulen die Civic Education aller Studierenden und insbesondere aller Lehramtsstudierenden fördern. Civic Education soll in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen fächerübergreifend verankert werden. Sie sollen bereits in ihrer grundständigen Ausbildung entsprechende pädagogische Haltungen und Handlungskompetenzen entwickeln.
- Civic Education in Sachsen an einem Hochschulstandort zu institutionalisieren, etwa nach dem Vorbild des Instituts für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover, das Forschungs- und Transferaktivitäten auf den Feldern von Politischer Bildung und Demokratiepädagogik, Geschichte und Erinnerungskultur sowie den sozialen Herausforderungen unserer Zeit bündelt.<sup>2</sup>
- Civic Education in der Erwachsenenbildung sachsenweit lokal zu institutionalisieren. In Zusammenarbeit mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung sollen nach niedersächsischem Vorbild mit lokalen Einrichtungen der Erwachsenenbildung Demokratiezentren aufgebaut werden, die sich als Ansprechpartner vor Ort in der Demokratiebildung verstehen.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. Institut für Didaktik der Demokratie: <http://www.demokratiedidaktik.de/das-institut/inhalte-und-ziele>

<sup>3</sup> Vgl. Demokratiezentren in der niedersächsischen Erwachsenenbildung: [http://www.demokratiezentren-nds.de/index.php?option=com\\_content&view=category&layout=blog&id=108&Itemid=482](http://www.demokratiezentren-nds.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=108&Itemid=482)

## **Anträge Bildung**

### **Antrag B02**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Schulbauförderung für kreisfreie Städte**

Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

Die SPD Sachsen und ihre Landtagsfraktion übernehmen nachhaltig Verantwortung für Schulen und schulische Bildung. Deshalb setzen sie sich dafür ein, dass spätestens mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 des Freistaates Sachsen im kommunalen Finanzausgleich erneut ein zusätzliches Förderprogramm Schulhausbau für kreisfreie Städte, wie 2013/2014, in ausreichendem Umfang wieder eingeführt wird.<sup>1</sup> Dabei ist auch, das fehlende Fördervolumen für die Jahre 2015/2016 zu berücksichtigen.

---

<sup>1</sup> 2013 und 2014 betrug das Schulhausbauprogramm 110 Mio. Euro. 20 Mio. Euro davon waren vorab jährlich für die kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig reserviert, die nochmals um jährlich 20 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt aufgestockt wurden. Die Verteilung unter den drei Städten erfolgte entsprechend der Einwohnerzahl.

## **Anträge Bildung**

### **Antrag B03**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Die neue Wahlperiode auch für Sachsens Bibliotheken nutzen.**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vor dem Hintergrund der laufenden Legislaturperiode im Sächsischen Landtag sowie der Regierungsbeteiligung der SPD wird im Rückgriff auf den Landesparteitagsbeschluss „Sachsens Bibliotheken rechtlich aufwerten und zukunftsfähig machen“

1. die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag aufgefordert, die 2013 beendete Diskussion um ein eigenständiges Bibliotheksgesetz wieder politisch aufzugreifen, vor allem aber initiativ zu bearbeiten;
2. die SPD-Fraktion aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bibliotheksverband (Landesverband Sachsen) die Diskussion ergebnisorientiert so aufzugreifen, dass der Arbeitsprozess ausreichend die Forderungspunkte 2a)–2f) des bisherigen Beschlusses sowie die Möglichkeit der Implementierung von Schulbibliotheken in einen möglichen Gesetzesentwurf berücksichtigt;
3. die Aufforderung an die Vertreterinnen und Vertreter der SGK in Sachsen erneuert, die kommunalen Spitzenverbände für das Thema „Bibliotheksgesetz“ zu sensibilisieren und innerhalb dieser die Diskussion anzustoßen, inwiefern und unter welchen Voraussetzungen ein Anreiz- oder Verpflichtungsgesetz von den Städten, Kreisen und Gemeinden getragen werden kann.
4. an diejenigen SPD-Mitglieder, die der Staatsregierung angehören, die Aufforderung gerichtet, ein entsprechendes Gesetzesvorhaben nach Kräften zu unterstützen.

## **Anträge Bildung**

### **Antrag B04**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: „Gleichstellungsarbeit an sächsischen Hochschulen aufwerten“**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Das Thema Gleichstellung ist ein gesellschaftlich übergreifendes Thema, welches entsprechend auch an den Hochschulen verstärkt Geltung erlangen muss.

Wichtigste Anlaufstelle sind dabei die Gleichstellungsbeauftragten auf zentraler und dezentraler Ebene der sächsischen Hochschulen. Sie bewältigen eine Fülle von Aufgaben, welche die zeitlichen Ressourcen eines Ehrenamts bei weitem übersteigt. Wir sprechen uns daher für die Schaffung von hauptamtlichen Stellen bzw. einer staatlich definierten Entlastungsregelung bei den Dienstaufgaben von wissenschaftlichem Personal aus.

Weiterhin müssen die Gleichstellungsbeauftragten endlich über ein eigenes Budget verfügen können, damit Gleichstellungsarbeit vor Ort langfristig gesichert wird, neue Konzepte und Ideen erprobt werden können und Projekte eine Chance auf Realisierung haben. Nur so ist eine kontinuierliche und innovative Arbeit möglich. Hierfür sind die Regelungen in § 55 SächsHSFG zu konkretisieren.

Neben der oben beschriebenen Entlastung für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, braucht es ebenso neue Regelungen zur Entlastung von weiblich sozialisierten Menschen, die häufig in Gremien mitwirken. Wichtigster Fokus ist dabei die Arbeit von Professorinnen und wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen in Berufungskommissionen.

In Hinblick auf eine Ausgestaltung des Koalitionsvertrages sprechen wir uns für ein Vetorecht der Gleichstellungsbeauftragten innerhalb von Berufungskommissionen sowie den Organen der Hochschule aus. Hierzu muss mindestens ein aufschiebendes Veto im Hochschulgesetz verankert werden.

Um Berufungen wie Personalentwicklung transparent und gendersensibel durchführen zu können, sollen entsprechende Weiterbildungsangebote implementiert werden. Diese sollten einerseits fester Bestandteil der Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzepte der Hochschulen sein. Andererseits sollen neu berufene Professor\*innen verpflichtend an den jeweiligen Schulungen teilnehmen.

Damit sich die Wichtigkeit des Gleichstellungsauftrags in den Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Wissenschaftsministerium widerspiegelt, ist der prozentuale Anteil am Leistungsbudget zu erhöhen. Bei der Neuverhandlung der Zuschussvereinbarung

## **Anträge Bildung**

im Globalen wie den Zielvereinbarungen je Hochschule ist dies in 2016 zu beachten.  
Hierbei sollen auch die Gleichstellungskonzepte verbindlichen Charakter erhalten.

## **Anträge Bildung**

### **Antrag B07**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

#### **Thema:**

#### **Nachhaltigkeit lernen, lehren und leben: Verankerung des Konzeptes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Leitidee bildungspolitischen Handelns**

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag möge sich dafür einsetzen, das Konzept der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) fraktionsübergreifend als Leitidee bildungspolitischen Handelns in allen Bildungsbereichen zu verankern sowie dessen Verbreitung und Verstetigung zu unterstützen.

Als fraktionsübergreifend gewollte bildungspolitische Leitidee soll BNE besonders in einer Neufassung der Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie<sup>1</sup> prominent und inhaltsstark verankert werden.<sup>2</sup>

Auch in anderen zu entwickelnden resp. zu aktualisierenden sächsischen Regelwerken, Durchführungsverordnungen oder Gesetzestexten soll zukünftig neben fach-, ressort- oder inhaltlichen Aspekten ein zur Verstetigung von BNE angetaner Bezug beachtet werden.

---

<sup>1</sup> Freistaat Sachsen: Sachsen hat Zukunft. Nachhaltigkeitsstrategie für den Freistaat Sachsen. Dresden 2013.

<sup>2</sup> Die Sächsische Nachhaltigkeitsstrategie dient als Instrument zur Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie bildet für den Freistaat Sachsen einen ressortübergreifenden Handlungsrahmen, der Richtlinien zur Nachhaltigkeitsentwicklung in Sachsen festschreibt.  
Zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie siehe „Perspektiven für Deutschland“. Berlin 2002—2014. Vgl. hierzu auch die „Fortschrittsberichte zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“

## **Anträge Bildung**

### **Antrag B08**

**Votum der Antragskommission:** Diskussion durch den Parteitag

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Mit neuem Schulgesetz Sachsens Schulen für die Zukunft rüsten**

Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden auch Sachsens Schulen vor große Herausforderungen stellen, sei es

- schon relativ kurzfristig die drängende Bewältigung des demografischen Wandels mit Blick auf ein hochwertiges aber auch finanzierbares Schulnetz,
- die Frage der Bildungsgerechtigkeit zwischen Stadt-Land und damit die Bildungschancen jedes Einzelnen und jeder Einzelnen;
- ebenso kurzfristig die quantitative und qualitative Sicherung der LehrerInnenversorgung sowohl in Summe als auch regional, z. B. im peripheren ländlichen Raum;
- die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit weitreichenden Folgen für die interne Differenzierung von Bildungsprozessen, für welche unsere Schulen weder vorbereitet noch ausgestattet sind;
- die Fülle an noch gar nicht fassbaren Veränderungen der "digitalen Revolution" in allen Lebensbereichen, die in ihrem Ausmaß mit der industriellen Revolution vergleichbar ist und nicht nur die Funktion schulischer Bildung und damit deren Bildungsauftrag verändern wird, sondern auch die Art und Weise, wie Schule betrieben wird bzw. werden kann.
- die gezielte schulische Integration und Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund.

Je eher und nachhaltiger wir diesen Herausforderungen begegnen, umso besser werden wir auch in Zukunft Lebenschancen und Leistungsfähigkeit sichern und ausbauen. Auch wenn ein Gesetz nur den Rahmen für diese Entwicklungen gibt, so hängt es doch sehr von diesem ab, wie effizient künftig Schule und Gesellschaft diese Anforderungen meistern werden, ob wir immer nur den Entwicklungen hinterherlaufen und Feuerwehr spielen müssen, oder ob wir die Zukunft aktiv gestalten und damit auch unsere Ziele verwirklichen und unsere Potentiale entfalten und nutzen können.

Ausnahmslos alle der obigen Anforderungen verweisen auf ein Problem nicht nur sächsischer Schulen: Sie sind, obwohl massiv von diesen Problemen betroffen, nicht in der Lage, mit ihnen konstruktiv umzugehen. Sie sind eingebunden in ein Einheitsschulwesen, welches nach wie vor meint, dass zentral vorgegebene Strukturen und darauf fußende Ressourcenzuweisungen den Bildungserfolg sichern. Leidtragende dieses Festhaltens an zentraler Steuerung sind alle Beteiligten: die Verwaltung, die mit den rechnerisch ausreichenden Ressourcen nur ein Loch mit dem nächsten stopft; die Lehrenden, die in ihrem Engagement oft ohnmächtig zusehen müssen, wie sie jungen Menschen nicht das auf den Weg geben können, was ihr Anspruch ist; die Eltern, die mit ihren berechtigten Ansprüchen von Schule und Verwaltung zu oft nur getröstet werden und keinen wirklich Verantwortlichen finden und natürlich die jungen Menschen selbst, die teilweise schon in

## **Anträge Bildung**

ihrer Schulzeit von Chancen abgeschnitten werden und vor allem ganz praktisch erleben, wie Schule und Leben auseinanderdriften, sie zu wenig von dem mit auf ihren Weg bekommen, was sie benötigen - dafür aber genügend Ballast, der selbst dann, wenn er von Nutzen wäre, längst abgeworfen ist.

Vor diesem Hintergrund ist es für Sachsen ein Glücksfall, dass die formal durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nötig gewordene Novellierung des Schulgesetzes in eine Zeit fällt, in der die sächsische SPD an der Regierung beteiligt ist. Oder jedenfalls kann es ein Glücksfall sein, wenn sich die SPD stark macht für starke Schulen in Sachsen und damit für eine nachhaltig gute schulische Bildung. Deshalb fordern wir die SPD-Landtagsfraktion als Teil des Gesetzgebers wie unsere Kabinettsmitglieder auf, sich für eine Novellierung des Schulgesetzes stark zu machen, welche sich an den folgenden Schwerpunkten orientiert:

### **1. Verantwortliche Schule und dynamisches Schulnetz**

Das neue Schulgesetz muss die Verantwortung im System Schule zwischen den Akteuren (Schulen, Schulträgern, Schulverwaltung) neu verteilen und bestimmen.

Die Schulen müssen vor allem den verantwortlichen Zugriff auf ihre originär zu gestaltenden Prozesse erhalten, also insbesondere die Gestaltung der Lernprozesse entsprechend ihrer speziellen Klientel und ihrer speziellen Bedingungen vor Ort. Dazu müssen sie einerseits verlässlich auf Ressourcen (vor allem Personal), die sich grundsätzlich an den Schülerzahlen orientieren, und auf Beratungs- und Unterstützungsleistungen zugreifen können. Sie müssen befreit werden von normativen Struktur- und Organisationsvorgaben (z. B. Klassen- und Schulgrößen, Trennung von Bildungsgängen). Andererseits bedarf es für die Schulen verbindlicher Qualitätsstandards, an denen sie sich ausrichten haben.

Das Setzen und Sichern dieser Standards (Qualitätsmanagement) liegt in Verantwortung des Landes, koordiniert mit der Bundesebene, und beschreibt neben der bedarfsgerechten Zuweisung der personellen Ressourcen die wesentliche künftige Aufgabe der Schulverwaltung und -aufsicht. Auf Landesebene ist in enger Kooperation mit der LehrerInnen-ausbildung, ein Unterstützungssystem für Schulen aufzubauen.

Mit dem Fall normativer Klassen- und Schulgrößen und damit der Bindung der staatlichen Ressourcenzuweisung an Lerngruppen, hängt künftig die Größe einer Schule vor allem von ihrem pädagogischen Konzept ab, welches den Bildungserfolg bezogen auch auf diese Größe sichern muss. Damit erhalten die Schulträger wirklich gestaltenden Einfluss auf eine Schulnetzplanung, welche sich an Standards für eine Mindestversorgung, die sich auf erreichbare Abschlüsse und Bildungsgänge bezieht, orientieren und diese sichern müssen. Die Schulverwaltung wird damit künftig nicht mehr eingreifen, um eine Schule zu schließen, sondern um vom Schulträger eine Schule zu fordern. Damit wird der Weg frei für neue strukturelle Optionen, wie die Nutzung der Berufsschulzentren als Oberstufenzentren, Schulverbände, Außenstellen, Jahrgangsmischung, kooperative oder integrierte Bildungsgänge etc.. Die aktuellen und künftig absehbaren Probleme im Schulnetz können aus unserer Sicht nur so nachhaltig gelöst werden. Die Alternative wäre bei Beibehaltung

## **Anträge Bildung**

des Status quo, die massive Zuweisung zusätzlicher Ressourcen in kleine (ländliche) Systeme und die Überfüllung der Schulen im urbanen Raum.

Das neue Schulgesetz soll Regelungen enthalten, welche

- Standards für Bildungsgänge und Abschlüsse statt für Schularten setzen
- die personellen Ressourcen auf Grundlage von SchülerInnensätzen statt über normierte Lerngruppen an die Schulen zuweisen; dabei sollen sich die Basissätze an der Schulstufe orientieren und über Aufschläge für
  - Ganztagschulen bzw. -angebote,
  - den Ausgleich sozialer Benachteiligungen (sozio-ökonomischer Hintergrund der Herkunftsfamilie),
  - besonderen Förderbedarf einzelner SchülerInnen (wie am Rande der Novellierung des SächsFrTrSchulG in der Koalition vereinbart),
  - sowie als Ausnahme und auf Antrag und mit expliziter Begründung der Notwendigkeit für kleine Schulenveredelt werden.
- ein verlässliches Unterstützungssystem verankert (Kompetenzzentren, SchulentwicklungsberaterInnen, Fort- und Weiterbildung, zentrale webbasierte Lern-, Berichts- und Verwaltungsplattformen etc.)
- einen flexibleren Personaleinsatz ermöglichen
  - zum einen hinsichtlich multiprofessioneller Teams an den Schulen, also neben Lehrkräften, die Beschäftigung weiterer pädagogischer Professionen (z. B. SozialpädagogInnen/SchulsozialarbeiterInnen in sozialen Brennpunkten)
  - zum anderen die Option für Schulträger, Personal auch selbst und natürlich nur nach Tarif einzustellen sowie auch besondere Anreize für Personal zum Beispiel im peripheren ländlichen Raum zu schaffen.
- ein differenziertes und wohnortnahes Bildungs-Mindestangebot bezogen auf Bildungsgänge und Abschlüsse in Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte in Kooperation aller Schulträger sichert statt Vorgaben für Schulmindestgrößen und Schularten zu machen; Dazu muss auch das Verhältnis zwischen Schulen und Schulträger neu geregelt werden. Schulträgern muss es möglich sein, den Charakter ihrer Schulen zu bestimmen, insbesondere welche Bildungsgänge wie (z. B. integriert) an welchen Standorten angeboten und welche Profile eingerichtet werden.

## **2. Inklusion**

Äußerer Anlass der Schulgesetznovelle ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und dabei insbesondere der Anspruch auf inklusive Beschulung. Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind die oben beschriebene und geforderte Ausweitung bzw. Neudefinition der Verantwortung der einzelnen Schule sowie das aufzubauende Unterstützungssystem. Daneben bedarf es spezieller gesetzlicher Änderungen, welche vor allem SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf im Blick haben, wo die Diagnose bislang zur Einweisung in eine Förderschule führte und integrative Beschulung nur auf

## **Anträge Bildung**

besonderen Antrag zuließ. Der Rechtsanspruch auf integrierte bzw. inklusive Beschulung muss im Gesetz verankert werden. Er darf künftig nicht mehr von vorhandenen Ressourcen abhängig gemacht werden, sondern muss vielmehr die nötigen Ressourcen in die Schule lenken.

Darüber hinaus bzw. in Konsequenz sind folgende Punkte gesetzlich zu verankern:

- Abschaffung der Förderschulpflicht,
- Zulassung lernzieldifferenter Integration an allen Schulen und in allen Bildungsgängen,
- Umwandlung der Förderschulen zu Kompetenz- oder Förderzentren (als Teil des neuen Unterstützungssystems), welche selbst perspektivisch in der Regel SchülerInnen allenfalls noch kursorisch haben,
- Ansprüche auf Nachteilsausgleiche für Leistungsnachweise und Prüfungen,
- Abschlusssperren und damit die Pflicht für alle Schulen, einmal aufgenommene Schülerinnen und Schüler auch bis zu einem Schulabschluss oder regulärem Verlassen der Schule zu fördern,
- Verankerung der Schulassistenz in der Schule bei Klärung der Finanzierung über die zuständigen Ministerien SMS und SMK, soweit es keine Änderungen auf Bundesebene gibt.

### **3. Übergang**

Die Überführung der Schulen in zunehmend (eigen)verantwortlich handelnde und lernende Systeme erfordert eine längere Übergangszeit (Aufbau Unterstützungssysteme, Ertüchtigung der Einzelschulen), ehe die neuen Regelungen für alle verbindlich gesetzt werden. Sie sollen aber den Schulen, welche diese neue Verantwortung übernehmen wollen und können, in dem Maße sofort zugänglich sein, wie diese Verantwortung von ihnen übernommen wird.

Parallel ist ein Qualitätssicherungs- also auch ein Unterstützungssystem aufzubauen. Auch dies braucht einige Jahre.

## **Anträge Familie, Soziales und Gesundheit**

### **Antrag FSG01**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Anonymisierter Krankenschein für Sachsen**

Wir fordern, die gefahrlose Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus (Illegalisierte) in Sachsen zu ermöglichen und auf Dauer sicherzustellen.

Um ein dafür geeignetes System zu finden, sollen analog zu Niedersachsen Modellversuche in verschiedenen sächsischen Kommunen gestartet werden. Als ein mögliches Konzept ist dabei der "anonymisierte Krankenschein" des Medi Netz Dresden e.V. in Betracht zu ziehen.

Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung und staatliche Finanzierung einer Asylambulanz in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt als spezialisierte Anlaufstelle für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden und Illegalisierten.

## **Anträge Familie, Soziales und Gesundheit**

### **Antrag FSG02**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Anhebung der Behindertenpauschbeträge**

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

- als Antrag über den Bundesparteitag bzw.
- über die Sächsische Staatsregierung als Gesetzesinitiative in den Bundesrat bzw.
- über die Bundes-SPD im Rahmen der Regierungsbeteiligung

für die Anhebung der Behindertenpauschbeträge nach § 33b EStG einzutreten. Die Anhebung sollte durch Anpassung der Beträge an die tatsächlichen Lebensumstände von Menschen mit Behinderung in Höhe des seit ihrer Einführung im Jahre 1975 gestiegenen Lebenshaltungsindex erfolgen.

## **Anträge Familie, Soziales und Gesundheit**

### **Antrag FSG03**

**Votum der Antragskommission:** Diskussion durch den Parteitag

**Votum des Parteitags:** mehrheitlich angenommen

#### **Thema:**

#### **Recht des elterlichen Unterhalts - Einführung des Wechselmodells als gesetzliche Option**

Der Landesparteitag möge beschließen und zur Antragstellung an den Bundesparteitag weiterleiten:

Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, für den Fall der Trennung der Eltern das sog. „Wechselmodell“, bei dem die Betreuung und Erziehung des Kindes abwechselnd in einem zu bestimmenden Verhältnis bei dem einen und bei dem anderen Elternteil liegt, gesetzlich als Alternative einzuführen.

Das BGB, insbesondere § 1606 III BGB und weitere, mit ihm zusammenhängende Vorschriften sollen geändert werden. In Zukunft soll es nicht mehr als Regelfall definiert sein, dass ein Elternteil seine Verpflichtung, zum Unterhalt des Kindes beizutragen, dadurch erfüllt, dass er das Kind betreut, während der andere Elternteil zahlt. Stattdessen sollte es eine Regelung geben, die es erleichtert, Betreuung und Unterhaltsverpflichtung zu entkoppeln. Wenn sich die Eltern nicht auf eine bestimmte Regelung einigen können, die dem Kindeswohl entspricht und beiden Eltern die anteilige Betreuung ermöglicht, soll dem Gericht die Entscheidung über eine solche, dem Wohl des Kindes förderliche Regelung zugewiesen werden.

## **Initiativantrag**

**Antrag: I01**  
**Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen**

### **Thema: Mit offenem Herzen und wachem Verstand – Asyl- und Integrationspolitik in Sachsen**

#### **1. Flucht, Asyl und Integration in Sachsen**

Unser Land muss sich im Augenblick der größten humanitären und gesellschaftlichen Herausforderung seit den 1990er Jahren stellen. Damals suchten wegen der Konflikte auf dem Balkan hunderttausende Geflüchtete in Europa Schutz und haben ihn gefunden. Deutschland und seine europäischen Partner werden es auch heute schaffen, den Geflüchteten zu helfen und eine Heimat zu bieten. Wir müssen die anstehenden Aufgaben alle – Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam mit offenem Herzen und wachem Verstand lösen.

Außer Frage steht, dass diese Migrationsbewegung unser Land nachhaltig verändern wird. Wie diese Veränderung aussieht, ist politisch gestaltbar. Der Schlüssel dazu liegt in einer vollumfänglichen Integration, der wir uns mit aller Kraft widmen müssen – „ein bisschen integrieren“ gibt es nicht. Dafür müssen wir dauerhafte, nachhaltige Strukturen aufbauen. Die Weichen dazu müssen wir jetzt stellen. Und wir müssen sie schnell stellen: **Wir haben keine Zeit zu verlieren! Die wichtigsten Maßnahmen müssen kurzfristig, in großer Klarheit und mit voller finanzieller Deckung vorangetrieben werden.**

Die derzeitige hohe Zuwanderung hat ihre Ursachen in Großkonflikten und Krisen, vor denen wir die Augen nicht verschließen können. Seit Jahren hat die Flucht über das Mittelmeer zugenommen, haben der nicht enden wollende Krieg in Syrien, das Erstarken der radikalen Organisation „Islamischer Staat“ und die Wiederkehr autoritärer Regierungsformen, die politischen und wirtschaftlichen Folgen des „Arabischen Frühlings“ sowie eine globale Eigendynamik zu der derzeitigen massiven Zunahme an Geflüchteten geführt. Zugleich sind aber die europäische Staatengemeinschaft und auch Deutschland ihrer internationalen Verantwortung jahrelang nicht nachgekommen und haben z.B. keine Antwort auf die katastrophale Situation hunderttausender Menschen in den Flüchtlingslagern entlang der türkisch-syrischen Grenze gefunden.

In diesem Jahr werden Menschen in bisher nicht dagewesener Zahl in Deutschland wegen politischer oder religiöser Verfolgung Asyl beantragen. Sie suchen Schutz vor Krieg und Gewalt in ihren Heimatländern oder einen Ausweg aus der trostlosen wirtschaftlichen Situation. Viele werden bleiben und wollen hier eine neue Heimat finden. Die Schutzquote steigt derzeit kontinuierlich, mehr als jeder Zweite erhält derzeit bereits ein Aufenthaltsrecht in Deutschland. Viele werden aber auch wieder freiwillig gehen,

## **Initiativantrag**

sobald sich die Situation in ihren Heimatländern wieder verbessert. Andere werden ausreisen müssen.

Weder Europa noch Deutschland noch Sachsen waren auf diese hohen Zahlen vorbereitet. Die europäischen Mechanismen zur Koordination von Migration und Flucht funktionierten schon bei niedrigeren Flüchtlingszahlen nicht und versagen derzeit komplett. Die Hauptaufnahmeländer (Deutschland, Schweden, Österreich, Ungarn, Italien, Griechenland, Türkei) werden auf Dauer überfordert sein. Dabei ist nicht die absolute Anzahl der Flüchtenden das größte Problem, sondern der kurze Zeitraum, in dem die Migrationsbewegung zu bewältigen ist sowie der Fokus der Flüchtenden auf wenige europäische Staaten.

Niemand konnte diese Entwicklungen genau voraussehen, sie stellen eine in diesem Ausmaß überraschende Herausforderung dar. Diese Herausforderung trifft zudem auf ein Sachsen, in dem Verwaltung, Politik und Gesellschaft schlecht auf diese Zuwanderung vorbereitet waren und sind. Objektiv fehlen uns ausreichende Erfahrungen mit Zuwanderung, mit dem organisierten Ankommen, dem Zusammenleben der Menschen verschiedener Herkunft und der Integration dieser Menschen. Es fehlen uns zudem flächendeckende und ausreichende Strukturen zur Aufnahme und Integration. Eine Ursache dafür ist die fehlende oder verfehlte Integrationspolitik der Union in den letzten 25 Jahren. Die SPD hat nun mit ihrer Regierungsbeteiligung einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik erkämpft.

Parallel zu den steigenden Flüchtlingszahlen erleben wir in Sachsen einen organisierten und immer weiter aufgepeitschten Angriff auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten häufen sich genauso wie Angriffe auf „fremd-aussehende“ Menschen, Journalistinnen und Journalisten, Helfende und Aktivistinnen und Aktivisten oder Parteibüros. Spätestens seit der Spaltung der Pegida-Bewegung wird mit Floskeln aus dem Lager der Neuen Rechten eine rechts-revolutionäre Stimmung gegen Pluralismus und die Demokratie angeheizt – untersetzt mit dreisten Lügen. Auch die Vorbehalte größerer Teile der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte sind größer als anderswo. Moralische Linien wurden in den vergangenen Monaten immer mehr verschoben, getragen durch eine Radikalisierung in Sprache und Taten. Rechtsmotivierte und rassistische Übergriffe sind deutschlandweit massiv angestiegen. Wir müssen feststellen, dass Rassismus und rechtsmotivierte Gewalt in Sachsen besonders verbreitet sind.

Aus der Radikalisierung der 90er Jahre, aus der dann unter anderem der NSU entstanden ist, müssen gerade auch wir in Sachsen lernen und Konsequenzen ziehen. Eine (die potentiellen Gefahren mitdenkende) Beobachtung und Bewertung der Antiasyl- und sonstigen auf Abgrenzung und Abwertung bedachten Initiativen durch staatliche Sicherheitsbehörden wie dem Verfassungsschutz ist für uns unerlässlich. Dabei sind

## **Initiativantrag**

Bezüge zu anderen Kriminalitätsbereichen, wie etwa organisierte Kriminalität oder Drogen- und Waffenhandel, mit einzubeziehen. Eine in Phänomenschubladen erfasste Kriminalität wird dem gesellschaftlichen Gesamtphänomen nicht gerecht.

Und dennoch kümmern sich von Beginn an Tausende Ehrenamtliche aufopferungsvoll um die Geflüchteten. Sie geben Sprachkurse, werden Patinnen und Paten, sammeln Fahrräder und Kleiderspenden. Sie übernehmen Lotsenfunktionen und organisieren Willkommensfeste. Auch viele Vereine, Organisationen und Unternehmen sehen sich bereits als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung zur Integration. Die helfenden auf Ehrenamt basierenden Strukturen von DRK bis THW verdienen alle unsere Unterstützung. Sie betreiben die Aufnahmeeinrichtungen. Sie organisieren die Versorgung. Auf unsere kontinuierliche strukturelle Unterstützung können sich die Verbände verlassen. Wir appellieren gemeinsam mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen an die Arbeitgeber dieser Engagierten: Es wird absehbar weiter nötig bleiben, dass die Aktiven freigestellt werden.

Sie integrieren Geflüchtete in Sportvereine, in Kirchgemeinden oder in kulturelle Aktivitäten. Die Integration dieser Menschen ist eine große Aufgabe, die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Sie kann jedoch nicht allein auf ehrenamtlichen Schultern liegen. Hier ist ein starker, handlungsfähiger Staat gefragt.

### **2. Was wir jetzt brauchen und tun müssen**

Die zentrale Herausforderung der nächsten Monate und Jahre ist die gesellschaftliche Integration der zu uns gekommenen und zu uns kommenden Menschen. Gelingt sie, ist sie eine große und zugleich unverhoffte Chance für unser Land. Sie erfordert Kraft, Aufmerksamkeit und Ressourcen für jede und jeden Einzelnen, Räume und Menschen, Geld und Zeit, Solidarität und Akzeptanz. Die enorm hohe und wachsende Zahl der zu uns kommenden Menschen führt dazu, dass wir uns um jede und jeden Einzelnen weniger kümmern können als wir wollen und auch müssen. Die Signale mehren sich, dass uns diese aktuelle Entwicklung an die Grenzen unserer Fähigkeit zu Unterstützung und Integration führt. Darüber brauchen wir eine ehrliche Debatte.

Zu einer ehrlichen Politik gehört einerseits, dass sich die Zahlen der Fliehenden nur bedingt steuern und begrenzen lassen. Andererseits gehört dazu, dass wir eine realistische Prüfung humanitär verantwortbarer, legaler und praktikabler Maßnahmen zulassen, die dafür sorgen, dass die derzeitigen massiven Fluchtbewegungen zurückgehen.

Der wichtigste und nachhaltigste und gleichzeitig schwierigste Ansatz setzt in den Herkunfts- und Transitländern an:

## **Initiativantrag**

**a. Wir müssen auf internationaler Ebene die Fluchtursachen bekämpfen.** Dafür müssen die Europäische Union und alle Mitgliedsstaaten gemeinsam ihre Verantwortung in der Welt stärker wahrnehmen. Politik muss langfristig und nachhaltig gedacht und gestaltet werden. Dazu gehört insbesondere eine überzeugende Friedenspolitik, ergänzt durch eine nachhaltige Entwicklungshilfepolitik. Es dürfte mittlerweile auch der letzten Person deutlich geworden sein: Wer den Blick von Krisen abwendet, wird die Folgen zwar zeitversetzt, aber eben auch in deutlich gesteigertem Maße zu spüren bekommen.

Die internationale Gemeinschaft steht in der humanitären Pflicht, den Menschen, die sich auf den gefährlichen Weg nach Europa machen, nach besten Möglichkeiten zu helfen. Die Möglichkeiten dafür sind noch nicht ausgeschöpft. Alle Länder der Europäischen Union, aber auch die arabischen Staaten und Nordamerika müssen sich an der Aufnahme der Geflüchteten beteiligen und dabei natürlich auch menschenwürdige Unterbringungsstandards gewährleisten. Jeder EU-Mitgliedsstaat muss solidarisch sein gegenüber den Geflüchteten und gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten. Darauf muss Deutschland drängen.

Die Schließung nationaler Grenzen ist aus unserer Sicht keine sinnvolle und vor allem keine umsetzbare Option. Wer innerhalb der EU eine Grenze komplett schließt, muss sich auch der Konsequenzen bewusst sein: Geflüchtete im Nirgendwo im Stich zu lassen oder die eigene Verantwortung einfach an andere EU-Mitgliedsstaaten weiterzugeben. Das gefährdet die Basis der Europäischen Union.

Die EU-Außengrenzen mit dem Ziel zu kontrollieren, Flüchtende bereits beim Zugang Europas zu registrieren, ist hingegen ein wichtiges Ziel europäischer Flüchtlingspolitik. Wer die Kontrolle der Außengrenzen als Abschottung missversteht, bewirkt lediglich die Verschiebung der Migrationsbewegungen in Richtung anderer gefährlicherer und teurerer Routen, aber kein Absinken der Flüchtlingszahlen. Deshalb müssen wir den Staaten an den europäischen Außengrenzen dabei helfen, Migration humanitär, effektiv und unter strenger Beachtung der Rechtmäßigkeit zu ordnen.

**b. Wir brauchen klare, schnelle und faire Verfahren.** Einfache Lösungen gibt es nicht. In Deutschland und Sachsen ist das erste Ziel, trotz der schwierigen Situation wieder zu einem geordneten Verfahren zu kommen. Das heißt, dass alle Geflüchteten vollständig und zügig registriert werden. Wir müssen die Asylantragsverfahren wesentlich beschleunigen und entbürokratisieren. Dafür sollten möglichst viele Asylanörungen auf schriftliche Erklärungen, bzw. Audio-Aufzeichnungen im Falle von nicht alphabetisierten Menschen, umgestellt werden. Insbesondere bei Asylverfahren von Menschen aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von nahezu 100% führt dies zu einer deutlichen bürokratischen Entlastung. Dabei muss auch bei beschleunigten Verfahren sichergestellt sein, dass Asylgründe substantiell vorgetragen und rechtlicher Beistand hinzugezogen werden kann. Menschen mit Bleibewahrscheinlichkeit müssen bereits

## **Initiativantrag**

während ihres Asylverfahrens zügig und umfassend integriert werden. Ausreisepflichtige Menschen müssen unser Land verlassen. Die letzte Möglichkeit dazu sind Abschiebungen, die menschlich vollzogen werden müssen. Praktikabler, menschlicher – und günstiger – ist es aber, Menschen, die freiwillig zurückreisen wollen, dies schnell und unkompliziert zu ermöglichen. Die Ausreiseberatung stellt dabei ein zentrales Angebot dar. Weiterführende Regelungen, die in Grundwerte eingreifen, wird es mit uns nicht geben. Das in internationalen Verträgen, internationalem Recht sowie dem Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl steht für uns nicht zur Debatte.

**c. Wir müssen uns jetzt, nicht erst in Zukunft, mit vollem staatlichen Einsatz um die vollumfängliche Integration kümmern.** Wenn wir jetzt zögerlich sind oder unter falschen Sparvorbehalten agieren, werden wir uns selbst die Probleme der Zukunft produzieren. Sachsen hat seine finanziellen Spielräume noch nicht ausgeschöpft. Abwarten ist die falsche Lösung. Wir müssen agieren und schnellstmöglich gleichberechtigte wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Teilhabe eröffnen. Dann gestalten wir ein Sachsen, das aus den aktuellen Herausforderungen gestärkt hervorgeht. Dazu brauchen wir eine neue Konsequenz in der Integrationspolitik. Das bedeutet fördern und fordern für alle mit einer Bleibeperspektive – und damit Integration ab dem ersten Tag. Um mit der sozialen Integration möglichst frühzeitig zu beginnen, muss der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung möglichst kurz sein. Daher kann die beschlossene Verlängerung der maximalen Aufenthaltsdauer auf sechs Monate nur eine Übergangsregelung sein. Wir sprechen uns zudem dafür aus, dass auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen bereits integrationsfördernde Maßnahmen, wie Sprach – und Wegweiserkurse angeboten werden. Für uns heißen die entscheidenden Integrationsmotoren Sprache, Bildung, Arbeit und Familie. Grundlage für eine gelingende Integration ist ein faires Miteinander. Das geht nur durch eine gerechte Teilhabe von Menschen, die für eine lange Zeit oder auf Dauer bei uns bleiben.

Unser Ziel ist gleichstellen, nicht besserstellen. Deshalb wäre es grundfalsch, in die Integration von Migrantinnen und Migranten zu investieren und gleichzeitig bei anderen sozialen Bereichen zu sparen. Es ist eine gigantische Herausforderung, den Prozess so zu organisieren, dass die hier Lebenden keine negativen Auswirkungen spüren. Aber alles dafür zu tun, dass der soziale Frieden gewahrt bleibt, das ist unser Anspruch. Um das zu erreichen, sind massive Investitionen und ein großer Ressourceneinsatz nötig, aber auch eine große Sensibilität.

**d. Schutzbedürftige Flüchtende genießen unseren besonderen Schutz.** Die Kinderrechtskonvention gilt selbstverständlich ohne Einschränkungen für alle Kinder, die in Deutschland leben. Sie müssen Zugang zu Betreuung, Schutz, medizinischer Versorgung und den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe haben. Für alle Kinder muss der Schutz vor Missbrauch und sexueller Gewalt auch in Erstaufnahmeeinrichtungen und in der Betreuung durch die Kommunen sichergestellt sein. Die Schutzmechanismen

## **Initiativantrag**

gelten ebenso auch für weitere besonders gefährdete Gruppen wie Frauen, Menschen mit Behinderungen oder LSBTTI.

Kinder und Jugendliche sollen wie alle anderen auch altersangemessen an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Das setzt eine offene, transparente, ernstnehmende Kommunikation durch die Behörden und Hilfestrukturen voraus. Kinder haben das Recht auf bestmögliche gesundheitliche Versorgung. Gerade Kinder bedürfen nicht nur der Akut- und Notversorgung, sondern der präventiven und vorsorgenden medizinischen Versorgung – aus Kindeswohlgründen wie aus nachfolgenden Kostengründen.

Dass sich alle zu uns kommenden Menschen an das Grundgesetz zu halten haben, ist breiter Konsens. Darin allerdings sind die Kinderrechte leider immer noch nicht enthalten. Deshalb ist es über die Vermittlung der Grundlage des Grundgesetzes hinaus wichtig, den geflüchteten Kindern und ihren Familien sowie den Geflüchteten ohne Familie die Rechte der Kinder auf Schutz, gewaltfreie Erziehung, Selbstbestimmung und Beteiligung, Förderung und Bildung als Maßstab bekannt zu machen.

Viele Frauen fliehen trotz größerer Hürden aus ihrer Heimat, die Ursachen dafür sind meist dieselben wie bei Männern. Doch auch geschlechtsspezifische Gründe treiben Frauen in die Flucht: häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde oder Vergewaltigungen im Rahmen von Bürgerkriegen oder anderen Konflikten.

Für Frauen ist die Flucht unter menschenunwürdigen Umständen oft noch beschwerlicher als für Männer. Stärker als dies sind sie von sexuellen Übergriffen und von Gewalt bedroht.

**e. Wir wollen, dass Sachsen allen eine Heimat sein kann.** Wir werben für einen sächsischen Heimatbegriff, der offen ist. Wer fünf oder mehr Jahre in einer Stadt wohnt, fühlt sich oftmals heimischer als in dem Dorf oder Land, in dem er geboren ist. Diese Möglichkeit, die Heimat zu wechseln, macht sie offen für alle, die neu hinzukommen. Wir wollen aus den Geflüchteten, die hierbleiben, Sächsinen und Sachsen machen. Einfach ist das natürlich nicht. Erfahrungen zeigen, dass Integration oft dann misslingt, wenn es an Achtung vor demokratischen Grundwerten, an Sprachkenntnissen, an Bildung und an Chancen auf dem Arbeitsmarkt fehlt. Schlechte Schulleistungen, fehlende Schulabschlüsse und Arbeitslosigkeit gehen einher mit gesteigertem Aggressionspotenzial und mit einem Rückzug in Parallelwelten. Man muss also die Sprache verstehen. Man muss mit den Menschen in Kontakt kommen. Man muss die Möglichkeit haben, sich mit seinen Fähigkeiten einzubringen und mitzuwirken. Zudem muss man verstehen, wie diese Heimat „tickt“ und welche kleinen Besonderheiten es dort gibt. Erst dann kann man heimisch werden. Ohne Integration ist es nicht möglich,

## **Initiativantrag**

heimisch zu werden. Wer auf Dauer oder auf längere Zeit in Deutschland bleiben kann, muss der Familiennachzug ermöglicht werden. Familiäre Geborgenheit ist ein entscheidender Faktor gelingender Integration. Für uns ist Heimat eine Einladung – die aber auch den Willen voraussetzt, diese Einladung anzunehmen.

Integration beinhaltet Verfassungspatriotismus. Das Grundgesetz gilt. Die SPD hat über 150 Jahre für Grundrechte, Emanzipation und Gleichstellung gekämpft, und wird sie gegen rechtskonservative und rechtsradikale Parteien genauso wie gegen ultrareligiöse Gruppierungen verteidigen – egal welcher Herkunft, Religion oder Partei. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen nach unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen leben. Gleichzeitig sollen sie darauf basierend ihre Kultur und Religion erhalten und pflegen können. Wir freuen wir uns über eine Vielfalt verschiedener Kulturen.

**f. Wir müssen realistisch sein.** Unter den Geflüchteten gibt es im Schnitt genauso viele Kriminelle, unsympathische Menschen oder Gewalttäterinnen und Gewalttäter wie im Schnitt der sächsischen Gesamtbevölkerung. Straftaten von Geflüchteten müssen genauso bestraft werden wie bei jeder anderen Person auch. Staatsangehörigkeit spielt in unserem Rechtsstaat keine Rolle. Die Ursache von Gewalt liegt Menschen aber nicht in den Genen, sondern ist durch das soziale Umfeld bedingt. Mit der momentanen Unterbringungssituation schaffen wir problematische Räume, in denen Gewalt entstehen kann. Die Rahmenbedingungen der Unterbringung in Großunterkünften ohne Privatsphäre, die Langweile ohne Arbeit und sinnvolle Beschäftigung, die Hoffnungslosigkeit aufgrund drohender Abschiebung, die traumatischen Erfahrungen der Flucht oder das destruktive Verhalten von Einzelpersonen beinhalten die Gefahr, dass es zu Auseinandersetzungen und Gewalt zwischen den Geflüchteten kommt. Wir müssen das Gewaltmonopol des Staates in den Erstaufnahmeeinrichtungen erhalten. Aber wir müssen auch unser Bestes tun, damit die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen erträglich ist und einen Mindeststandard immer garantiert. Die momentanen Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind zwar von Einrichtung zu Einrichtung sehr verschieden, in vielen stecken aber Konfliktpotenziale. Interimslösungen für die Erstaufnahme dürfen keine Dauerlösung werden.

**g. Wir brauchen schnelle und ehrliche Kommunikation und eine klare Haltung.** Dafür benötigt es ein transparentes, tragfähiges Konzept, einerseits zwischen kommunaler, Kreis- und Landesebene und andererseits in der Öffentlichkeit. Die Planungen zu Erstaufnahmeeinrichtungen und die Verteilungen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen müssen offen dargestellt und bei Entscheidungen konsequent politisch verfolgt werden. Wir erwarten von allen kommunalen Verantwortungsträgern in den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine klare Haltung. Wir können diese Herausforderung nur meistern, wenn sich alle Kommunen an der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten beteiligen und offensiv für gesellschaftlicher Integration werben. In diesem Zuge müssen sich auch alle Landtagsabgeordneten ihrer Verantwortung für den ganzen

## **Initiativantrag**

Freistaat bewusst sein – und nicht nur die Interessen ihrer Wahlkreise oder ihrer vermeintlichen Klientel verfolgen. Im Landtag Rassismus verurteilen, aber vor Ort Vorbehalte schüren – das geht nicht.

Wenn man trotz harter Arbeit gerade so über die Runden kommt oder in der Grundsicherung landet, es kaum schaffen kann einen kleinen Wohlstand aufzubauen oder verzweifelt nach einen bezahlbaren Bleibe sucht, dann ist es berechtigt an der Leistungsgerechtigkeit zu zweifeln. Soziale Ungerechtigkeit und Härten haben ihre Ursachen aber nicht in den zu uns kommenden Menschen, sondern in verfehlter unsozialer Politik.

Mit sozialdemokratischer Politik stellen wir sicher, dass diese Menschen nicht gegen Geflüchtete ausgespielt werden, die für ihre Situation natürlich keine Schuld tragen. Wir beenden die Niedriglohnpolitik, den fehlenden sozialen Wohnungsbau und wir haben den Mindestlohn gegen jahrelangen Widerstand durchgesetzt. Durch praktische Politik müssen wir zeigen, dass die Ablehnung gegenüber Fremden keine Lösung ist. Wir werden uns auch künftig für mehr soziale Politik einsetzen – etwa durch die Einführung einer Solidarrente oder den Einsatz für höhere Löhne.

**h. Die Frage nach der Integration der Geflüchteten darf die in Sachsen heimischen Menschen nicht gegen die Neuankömmlinge ausspielen.** Der wahnwitzige Bürokratie-Einfall in einzelnen Kommunen in Westdeutschland, Einheimischen die kommunalen Wohnungen zu kündigen, um Platz für Geflüchtete zu schaffen, ist ein sozial- und gesellschaftspolitischer Irrweg. Es ist zudem offensichtlich, dass Marktradikale hoffen, soziale Errungenschaften im Rahmen der Flüchtlingskrise zurückdrehen zu können, indem sie die Aussetzung des Mindestlohns für Geflüchtete oder eine Erhöhung des Rentenalters fordern. Solche Forderungen haben mit der SPD keine Chance. Wir begreifen Integration als soziale und demokratische Frage, nicht als religiöse oder kulturelle Frage wie die (Rechts-)Konservativen. **Herkunft darf kein Schicksal sein** – das ist Anspruch der Sozialdemokratie seit über 150 Jahren. Sozial bedeutet, wir müssen uns um die Aufstiegschancen aller kümmern – für die Einheimischen genauso wie für die zu uns Geflüchteten. Wir wollen die mentale Trennlinie zwischen „Deutschen“ und „Zugewanderten“ überwinden. Wir fragen danach, welche Menschen Unterstützung für einen sozialen Aufstieg brauchen – und wie wir gemeinsam unser Land und unsere Gesellschaft voranbringen können.

**i. Wir begreifen Zuwanderung als Chance.** Zuwanderung bedeutet, dass langfristig Arbeitsplätze gesichert werden. Zuwanderung ist für viele ländliche Kommunen eine längst verloren geglaubte Chance, die zum Erhalt lokale Infrastruktur beiträgt. Es sind wieder genügend Menschen da, um die Sportplätze mit Leben zu füllen. Der Fußballverein hat wieder elf Kinder für ein Team. Die sich bietenden Chancen müssen wir nutzen, auch wenn es viel Arbeit bedeutet.

## **Initiativantrag**

### **Dazu fordern wir konkret:**

#### **Fluchtursachen bekämpfen**

Um Fluchtbewegungen zu verlangsamen oder zu vermeiden, müssen ihre Ursachen bekämpft werden. Wenn Menschen sich einmal auf den Weg gemacht haben, werden sie diesen bis zum Ende gehen.

- Wir müssen in den Herkunftsländern ansetzen. Die Europäische Union und Deutschland müssen in den aktuellen Kriegsgebieten wie Syrien auf einen Friedensprozess drängen. Das wird schwierig, ist aber zwingend notwendig.
- Die Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit muss insbesondere in den Krisenregionen ausgebaut werden. Dafür muss Deutschland endlich auch das Millenniumsziel erreichen, nach dem mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit investiert werden.
- Auf sächsischer Ebene bedeutet das, zum einen die regionale entwicklungspolitische Zusammenarbeit auszubauen und zivilgesellschaftliches Engagement aktiv zu fördern. Zum anderen muss Sachsen weiterhin mittels beruflicher Aus- und Fortbildung für qualifizierte Entwicklungshelferinnen und -helfer vor Ort sorgen sowie durch wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit in Krisenländern Hilfe und Wiederaufbauarbeit leisten.
- Schnell und dann dauerhaft müssen in den Flüchtlingslagern der Region die Versorgung und gesundheitlichen Bedingungen verbessert werden. Dazu müssen Langzeitperspektiven für die Menschen geschaffen werden, indem ihr Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheit verbessert wird. Das Welt-Ernährungsprogramm und der UNHCR sind dafür unverzüglich mit den entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten. Die Menschen in Jordanien, Libanon und der Türkei werden sich weiterhin in großer Zahl auf den Weg machen, wenn sie in den Flüchtlingslagern miserable Lebensbedingungen vorfinden und für sich und ihre Familien keine Perspektive sehen, weil sie nicht arbeiten dürfen. Kurzfristig müssen wir also die Anrainerstaaten Syriens bei der Aufnahme von Flüchtenden unterstützen.

#### **Gemeinsames europäisches und internationales Handeln**

Die Staaten der Europäischen Union müssen sich endlich gemeinsam der Aufgabe stellen, die Fluchtbewegung zu organisieren und zu bewältigen. Dazu muss man sich zunächst so schnell wie möglich über neue Grundlagen einer gemeinsamen Asylpolitik einigen.

- **Geflüchtete müssen** innerhalb der EU **gerechter verteilt werden**. Die Verteilung nach dem bisherigen Dublin-III-Verfahren ist gescheitert. Es braucht schnell eine

## **Initiativantrag**

verbindliche Quotenregelung. Wer sich weigert, muss entsprechende Ausgleichszahlungen leisten.

- Wir müssen in der Europäischen Union gemeinsame grundlegende **asylpolitische Standards festlegen**, diese verbindlich einhalten und zu diesem Zwecke natürlich auch zentral kontrollieren.
- An den Grenzen der EU müssen wir die entstehenden **Hotspots zu Asylzentren weiterentwickeln**. Zuerst müssen sie aber mit ausreichend Personal und Infrastruktur ausgestattet werden. Das Konzept muss ausgebaut werden, sodass es nicht nur Auffangstellen am Rande Europas sind. In Asylzentren soll unter humanitären Bedingungen Anträge geprüft, Erstorientierung gegeben und dann verteilt werden.
- Die EU-Staaten an den unions-europäischen Grenzen müssen stärker unterstützt werden. Dazu braucht es nicht nur Finanzhilfen, sondern auch einen Know-How-Transfer sowie Personal.

### **Deutschland / Asylverfahren**

- Wir brauchen **effektive und beschleunigte Verfahren**. Dazu muss schnell und auch langfristig Personal im Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) und den Zentralen Landesbehörden (ZAB) deutlich aufgebaut werden. Außerdem sind in Dresden, Leipzig und Chemnitz Außenstellen des BAMF auf Dauer vorzuhalten.
- Insbesondere bei Antragstellenden mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf Bleiberecht müssen die **Verfahren abgekürzt** werden. So könnten bspw. bei syrischen Staatsangehörigen aufgrund der nahezu hundertprozentigen Anerkennungsquote die Verfahren nach der Identitätsfeststellung und Sicherheitsüberprüfung positiv beschieden und beendet werden. Das würde die Einrichtungen des Landes entlasten und eine frühzeitige Integration in den Kommunen ermöglichen.
- Viele Asylantragsstellende fliehen vor der Armut und Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern. Da sie meist weder als politisch verfolgt noch als Kriegsflüchtlinge gelten, ist die Wahrscheinlichkeit auf ein Bleiberecht in Deutschland derzeit sehr gering. Für diese Menschen ist das Asylverfahren nicht der richtige Weg. Wir brauchen also andere legale Möglichkeiten der Zuwanderung für Armutsflüchtlinge. Um diesen Menschen eine faire Chance zu geben und diese Zuwanderung auch sinnvoll zu steuern, braucht es endlich ein **vernünftiges Einwanderungsgesetz** in Deutschland. Wir appellieren eindringlich an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, insbesondere die bisher widerwillige CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schnell ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen.
- Die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und die Einrichtungen der Kommunen müssen professionell betrieben werden. Für erträgliche, menschenwürdige Zustände in allen Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen wir **einheitliche Mindeststandards**. Dazu gehören ausreichende soziale Betreuung, ein vollständiger Zugang für sinnvolle ehrenamtliche Betreuungsangebote und Angebote der Erstintegration, zu denen das

## **Initiativantrag**

Erlernen von Sprache, Regeln und Landeskunde gehört, sowie Schutzräume für Kinder, Mütter, Schwangere und Stillende.

- Auch Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen haben das Recht, ihr Leben selbstständig und ohne Stigmatisierung zu gestalten. Aus diesem Grund werden wir ihnen auch zukünftig Leistungen für den persönlichen Bedarf in Bargeld auszahlen. Sachleistungen schaffen neue bürokratische Hürden und zusätzliche Kosten, die wir vermeiden müssen. Die Verwaltungen dürfen nicht mit noch mehr Aufgaben belastet werden.
- Die **Rückkehrberatung** im Sinne einer Antragsberatung muss in den Erstaufnahmeeinrichtungen deutlich ausgebaut werden.
- Zum Schutz der LSBTTI-Flüchtenden muss gemeinsam mit den LSBTTI-Vereinen und Verbänden **ein Unterbringungs- und Betreuungskonzept** entwickelt werden.
- Wir brauchen in Sachsen **Migrationserstberatung**, die in allen gängigen Sprachen angeboten werden kann. Sie hat zum Ziel, die Integration aller in den Freistaat kommenden Menschen einzuleiten, zu steuern und zu begleiten.
- Bei der Bearbeitung von Asylanträgen ist die Geschlechtsperspektive einzubeziehen. Im Asylverfahren sind auch Sprachmittlerinnen und Sprachmittler einzusetzen. Zu prüfen ist, ob bundesweit gültige Kontingente für Flüchtlingsfrauen und ihr Kinder aus bestimmten Regionen einzurichten sind.
- Die **Erleichterungen für Bau und Sanierung von Unterkünften** u. a. im Gesetzespaket des Bundes sind richtig und müssen in Sachsen schnell umgesetzt werden. Bei der Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten wollen wir auch Initiativen zur Entwicklung und Verbreitung modularisierter Schnellbausysteme unterstützen, die in Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk verhältnismäßig schnell und kostengünstig zu realisieren sind.
- Die Kosten für Kommunen für die Bereitstellung von Unterkünften sind vollständig durch Bund und Land zu übernehmen. Besonders die finanziellen Mittel für die soziale Betreuung müssen deutlich erhöht werden. Dafür ist das Finanzvolumen der Förderrichtlinie „Soziale Betreuung“ aufzustocken. Mittelfristig muss ein Betreuungsverhältnis von mindestens 1:100 von Fachkräften und qualifizierten Helferinnen und Helfer und Flüchtlingen finanziert werden. Mit Hinblick auf den zunehmenden Mangel an z.B. ausgebildeten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen werden wir die entsprechenden neuen Stellen auch für verwandte Berufsfelder oder Personen mit entsprechenden praktischen beruflichen bzw. ehrenamtlichen Vorerfahrungen öffnen. Besonders für längere Zeit in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten mit entsprechenden Sprachfähigkeiten könnten sich so vermehrt berufliche Perspektiven in diesem Bereich ergeben.

### **Integration durch Bildung**

Erstes zentrales Instrument für eine erfolgreiche Integration ist Bildung. Dies beinhaltet nicht nur den Zugang zu Bildungseinrichtungen. Es muss den Geflüchteten deutlich

## **Initiativantrag**

gemacht werden, dass ihnen in Deutschland ein sozialer Aufstieg möglich ist, wenn sie ihre Bildung ernst nehmen. Dafür muss man ihnen auch eine echte Chance geben. Viele Geflüchtete – vor allem Frauen – haben einen echten Bildungshunger, weil sie teilweise aus aufstrebenden, aber ausgebremsten Mittelschichten ihrer Heimatländer stammen oder ihnen durch Kultur, Krieg, Diskriminierung oder Armut der Weg zu Bildung versperrt war.

- Wir brauchen eine **verbesserte Beratung** für den individuellen Bildungsweg, da es schwierig ist, sich in der aktuellen Vielzahl an Regelangeboten zurecht zu finden. Eine Möglichkeit wären **Welcome-Center**, die diese Orientierung bieten und zentrale Beratungsangebote in den Bereichen Bildung sowie Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen bündeln können. Von hier aus kann auch der Einsatz von Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittlern koordiniert werden.
- Es muss ein **Programm interkultureller Bildung** für die schulische und frühkindliche Bildung aufgelegt werden. Nur so können mögliche Vorurteile gegenüber Kindern in der Schule vermieden werden. Gleichzeitig müssen wir bessere **Konzepte für die interkulturelle Elternarbeit** entwickeln, um die Eltern der Kinder mit Migrationshintergrund besser in den Bildungsprozess ihrer Kinder einzubeziehen.
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen angemessen untergebracht, betreut und versorgt werden. Die qualifizierte und standardisierte Alterseinschätzung obliegt ausschließlich dem zuständigen Jugendamt. Bei allen betreffenden Entscheidungen muss in jedem Fall das **Kindeswohl der Maßstab** sein. Deshalb dürfen bestehende Standards nur befristet abgesenkt werden.
- Die Versorgung mit **Kitaplätzen muss abgesichert werden**. Dabei müssen wir auch kultursensible Angebote schaffen und ausbauen.
- Wir wollen, dass die **Schulpflicht** eingehalten wird, dies gilt auch für Kinder und Jugendliche, die längere Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Wir werden nicht die Diskriminierung fortsetzen, denen Kinder und Jugendliche – etwa der Roma-Minderheit – in ihren Heimatländern ausgesetzt waren.
- Die Vorbereitungsklassen mit den DaZ-Stunden (Deutsch als Zweitsprache) müssen ausgeweitet und an allen Schulformen angeboten werden, um den zu uns kommenden Kindern und Jugendlichen einen optimalen Einstieg zu ermöglichen. Das umfasst Gymnasien ebenso wie Berufsschulen unterschiedlicher Fachrichtungen.
- Wir brauchen Angebote für Jugendliche mit geringer Vorbildung, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen. Dabei muss der Einzelfall im Vordergrund stehen. Das Ende der Schulpflicht darf nicht bedeuten, dass die jungen Erwachsenen auf Abendschule und ehrenamtliches Engagement angewiesen sind. Wir müssen aufhören, dieses Potenzial zu verschenken. Die Teilnahme an **Berufsorientierungsklassen** in Berufsschulzentren bis 27 Jahre müssen wir erhalten und weiter ausbauen.
- Der **Zugang zu den Hochschulen** und anderen Einrichtungen des tertiären Bildungssektors muss ermöglicht bzw. erleichtert werden. Hochschulen sind aufgefordert, Geflüchteten mit akademischem Hintergrund schon vor ihrer

## **Initiativantrag**

Anerkennung Zugang zu einem Teil ihrer Vorlesungen – etwa den englischsprachigen – zu ermöglichen, wie dies beispielsweise die TU Dresden bereits in diesem Semester macht.

- Wir brauchen in unseren **Bildungseinrichtungen mehr Personal**. Uns muss klar sein, dass wir hier im bundesdeutschen Wettbewerb stehen. Den möglichen Kandidatinnen und Kandidaten müssen deswegen attraktive Arbeitsbedingungen geboten werden. Ein-Jahres-Verträge, wie aktuell vom Kultusministerium neuen DaZ-Lehrerinnen und -Lehrern angeboten, sind definitiv kein Anreiz, in Sachsen zu unterrichten. Hierbei gilt es einen besonderen Fokus auf den ländlichen Raum zu legen, damit kein Leistungsgefälle entsteht.
- Wir müssen auch die Potenziale der zu uns kommenden Menschen in diesem Bereich nutzen und sie als Akteure verstehen. Migrantinnen und Migranten können mit entsprechender Qualifikation als Lehrerinnen und Lehrer oder Erzieherinnen und Erzieher arbeiten.

## **Deutschkenntnisse vermitteln**

- Schlüssel für eine erfolgreiche Integration ist die Sprache. Das **Angebot von Sprachkursen** muss dringend ausgebaut und verbessert werden. Wir wollen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, Deutsch lernen, um sich im Alltag zurecht zu finden. Sie sollen den für sie besten Bildungsabschluss erreichen und einen guten Arbeitsplatz finden. **Grundlegende Deutschkenntnisse** müssen frühzeitig vermittelt werden. Laut Koalitionsvertrag haben in Sachsen „alle Migrantinnen und Migranten Anspruch auf einen kostenlosen Sprachkurs mit mindestens Sprachniveau A2“. Einschränkungen beim Zugang und finanzielle Hürden halten wir für nicht sinnvoll. Diesen Grundanspruch wollen wir schnellstmöglich verwirklichen. Durch geeignete Angebote sollten Geflüchtete, die lange oder auf Dauer hier bleiben, auch ein höheres Sprachlevel erreichen.
- Generell sind die finanziellen Leistungen für die Sprach- und Integrationskurse des BAMF und berufsbezogener Sprachförderung der Bundesagentur für Arbeit aufgrund der geänderten Bedarfslage deutlich auszuweiten. Die darüber hinaus ggf. bestehende Förderlücke ist durch den **Einsatz von Landesmitteln** zu schließen.
- Die **geplante Öffnung der Integrationskurse** des Bundes für Asylsuchende und Geduldete mit guter Bleibeperspektive ist zu begrüßen. Eine zeitnahe und bedarfsgerechte Umsetzung durch die Bundesregierung ist erforderlich.
- In allen gesellschaftlichen Bereichen muss für Patenschaften in Sport, Kultur oder Freizeit geworben werden. Sprache wird nicht nur in Kursen gelernt, sondern besonders im Alltag gefestigt.

## **Beschäftigung und Ausbildung sicherstellen**

## **Initiativantrag**

Durch Arbeit können die geflüchteten Menschen finanziell unabhängig werden, soziale Kontakte aufbauen und ihre Sprachkenntnisse ausbauen. Damit ermöglicht Arbeit ihnen die soziale Teilhabe in Deutschland und spart der Gesellschaft Sozialausgaben.

- **Asylverfahren müssen beschleunigt werden.** Die geringe Rechtssicherheit während des Anerkennungsverfahrens ist ein zentraler Hinderungsgrund für eine rasche Integration in Ausbildung oder Beschäftigung.
- Die vorhandenen **Kompetenzen und Qualifikationen** geflüchteter Menschen müssen **frühzeitig festgestellt** werden. Nur so kann eine adäquate Vermittlung in Ausbildung, Studium oder Beschäftigung gewährleistet werden. Hierfür könnten die Agenturen für Arbeit, folgend dem Pilotprojekt in Chemnitz, Kompetenz- und Qualifikationsfeststellungen sowie Beratung der geflüchteten Menschen flächendeckend und regelmäßig bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen vornehmen.
- Programme wie „Early Intervention“, die Geflüchtete gezielt für den Arbeitsmarkt fit machen und sie vermitteln, müssen flächendeckend ausgebaut werden. Die Kompetenzen des IQ-Netzwerk Sachsen müssen intensiv genutzt werden.
- Zügige **Anerkennungsverfahren ausländischer Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüsse** müssen angeboten und deren Bearbeitung auch personell abgesichert werden, die Ansiedlung von diesbezüglichen Beratungsangeboten bei den lokalen Jobcentern und BAs hat sich dabei bewährt. In Dresden hat sich dazu als zentraler Anlaufpunkt die Idee einer „Migrationsagentur“ etabliert. Wir werden auch die Möglichkeiten zur partiellen und modularisierten beruflichen Nachqualifikation ausbauen und so bestehende Unterschiede im Studien- und Ausbildungsablauf im Sinne der Geflüchteten auflösen. Die Anerkennung eines Schul-, Hochschul- oder Berufsabschlusses darf keine Alles-oder-nichts-Entscheidung sein."
- Jungen Asylsuchenden und Geflüchteten muss der **Zugang zur beruflichen Ausbildung** erleichtert werden. Die Ergänzung des Aufenthaltsgesetzes durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen und sollte im nächsten Schritt noch verbindlicher geregelt werden: Die **Altersgrenze von 21 Jahren** für den Ausbildungsbeginn **muss aufgehoben** oder zumindest deutlich angehoben werden. Und während der gesamten Berufsausbildungsphase und während einer Anschlussbeschäftigung muss für mindestens zwei Jahre **eine Duldung erteilt** werden. Damit haben die ausbildenden Betriebe und die jungen Menschen eine hinreichend sichere Perspektive im Sinne einer gelingenden Integration.
- Um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, sollte die **Vorrangprüfung** – unter Beibehaltung der Sicherung der Mindeststandards – abgeschafft werden.
- Die Regelungen zum Verbot einer Beschäftigung in der Zeitarbeit für Drittstaatsangehörige im Aufenthaltsgesetz sollten überprüft werden.

## **Initiativantrag**

- Wir wollen die Koordination zwischen den arbeitsmarktrelevanten Akteuren verbessern. Hierzu sollen das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) und die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration (SMGI) weitere Fachveranstaltungen, ähnlich dem gemeinsamen Verbändegespräch, zur verbesserten Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung initiieren. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die **Zusammenarbeit der arbeitsmarktrelevanten Akteure** auf regionaler bzw. kommunaler Ebene gerichtet werden.
- Wir brauchen **zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner**, beispielsweise Lotsinnen und Lotsen oder Mentorinnen und Mentoren, die einzelne Asylsuchende begleiten und Hilfe aus einer Hand bieten. Ein Förderprogramm des SMWA, das zunächst modellhaft erprobt wird, soll hier Abhilfe schaffen. Gleichzeitig müssen in den lokalen Bundesagenturen für Arbeit und den Jobcentern **zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Geflüchtete** und andere Migrantinnen und Migranten eingesetzt werden.
- Menschen im Asylverfahren werden von der Bundesagentur für Arbeit betreut (SGB III). Erhalten sie eine Anerkennung, wechseln sie regelmäßig zum JobCenter (SGB II). Dieser Rechtskreiswechsel muss so organisiert werden, dass er möglichst ohne Reibungsverluste abläuft.
- Um Geflüchteten und Asylsuchenden die Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung zu erleichtern, sollte das SMWA – im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Richtlinie Mikrodarlehen – die Voraussetzungen dafür schaffen, den Zugang für geflüchtete Menschen zu den Beratungs- und Finanzierungsangeboten im Bereich der **Existenzgründungsförderung** zu erleichtern, insbesondere bei der Kurzberatung und beim Mikrodarlehen.

### **Medizinische Versorgung sicherstellen**

Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheit. Die gesundheitliche Versorgung der Asylsuchenden ist im Moment nicht ausreichend gewährleistet.

- Sachsen braucht die **Gesundheitskarte für Asylsuchende**. Sie können so direkt Ärztinnen und Ärzte – ohne den Umweg Sozialamt und Behandlungsschein – aufsuchen. Die Abrechnung erfolgt über die Krankenkasse, nicht umständlich über die Ärztinnen und Ärzte und das Amt. Kommunen und Ärztinnen und Ärzte werden bürokratisch stark entlastet. Asylsuchende bekommen unkompliziert medizinische Hilfe. Die Gesundheitskarte soll auch eine oft notwendige psychologische Betreuung ermöglichen. Dadurch kann der spätere Behandlungsaufwand in der Akutversorgung minimiert werden.
- Wir müssen in ganz Sachsen ähnliche Strukturen wie die **Flüchtlingsambulanz** in Dresden aufbauen. Diese sollen ein zentraler Punkt für die medizinische Versorgung

## **Initiativantrag**

von Asylsuchenden sein. Leipzig und Chemnitz richten im Moment ebenfalls solche Ambulanzen ein. In den Landkreisen müssen wir andere Lösungen finden. Hier wären Ambulanzen, angeschlossen an große Krankenhäuser der Region, gute zentrale Versorgungspunkte.

- Unter den Geflüchteten sind viele Menschen mit Traumata, die sie durch die Ereignisse in ihrer Heimat, während der Flucht oder auch wegen der vollkommen neuen Situation in Deutschland entwickelt haben. Besonders häufig sind posttraumatische Belastungsstörungen. Diesen Menschen müssen wir helfen. Wir brauchen dringend ein landesweites **Netzwerk an Traumaberatungsstellen bzw. Traumaambulanzen**. Dazu sollten bestehende Strukturen und bereits entwickelte Kompetenzen erhalten und weiter ausgebaut werden.

### **Kommunen bei der Integration stärker unterstützen**

Integration findet vor Ort statt. Es sind die Begegnungen im Dorf, im Stadtviertel und kommunalen Begegnungsräumen, in den Kitas, Schulen und am Arbeitsplatz, die Vorurteile abbauen. Städte und Gemeinden müssen deshalb gestärkt werden. Wir brauchen vor Ort Strukturen, die diese Integrationsaufgabe leisten können.

- Eine stärkere **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** und damit auch die Verhinderung einer sozialen Ghetto-Bildung waren für die SPD Sachsen schon vor der derzeitigen Flüchtlingssituation ein Thema. Die gerade erhöhten Städtebaumittel müssen in diesem Sinne eingesetzt werden.
- Ohne das Engagement vieler Menschen vor Ort wäre es kaum möglich, die Herausforderungen zu bewältigen. Mit der Förderrichtlinie „**Integrative Maßnahmen**“ gibt es jetzt ein Instrument, mit dem das Ehrenamt finanziell unterstützt werden kann. Wir müssen diese aber **deutlich besser ausstatten**. Die Mittel für die Jahre 2015 und 2016 sind weit überzeichnet, die Nachfrage ist riesengroß.
- Wir brauchen aber nicht nur Geld. Ehrenamtliches Engagement muss durch hauptamtliche Strukturen entlastet werden. Wir brauchen mehr **Integrationskoordinatorinnen und Integrationskoordinatoren**, um die Arbeit vor Ort besser zu unterstützen.
- Manche Fußballvereine, die Jugendabteilungen aufgrund fehlender Jugendlicher schließen hätten müssen, haben nun wieder 11 Spielerinnen und Spieler auf dem Feld. **Sport** ist eine der einfachsten Plattformen, um zusammenzukommen und sich kennenzulernen. Es ist eine der besten Möglichkeiten für eine unkomplizierte Integration in die Gesellschaft. Die Konzepte „Integration durch Sport“ und „Zusammenhalt durch Vielfalt“ sowie dessen finanzielle Stützung sind ein Anfang, um das Engagement der Sportvereine zu befördern und müssen jetzt verstärkt werden. Wir müssen die Sportförderung in Sachsen unter dem Aspekt der Integration erhöhen.

## **Initiativantrag**

### **Demokratische Kultur stärken**

Der starke Anstieg rechtsmotivierter und fremdenfeindlicher Angriffe zeigt einmal mehr, dass unsere Demokratie und unsere demokratischen Werte verteidigt werden müssen. Zudem sollten wir Geflüchteten, die für lange Zeit oder auf Dauer bei uns bleiben, ermöglichen, sich an den politischen Entscheidungen in unserer Gesellschaft beteiligen.

- **Programme gegen Rechtsextremismus:** Wo Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und ein organisiertes Nazi-Netzwerk bestehen und jeder ausgegrenzt wird, der „anders aussieht“, kann Integration nicht funktionieren. Der Kampf gegen Nazis und Fremdenfeindlichkeit ist daher ein zentraler Schritt hin zu mehr Integration. Diesen Kampf müssen wir auf allen Ebenen in unserer Gesellschaft führen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure müssen wir weiter stärken und schützen. Das **Programm „Weltoffenes Sachsen“** ist ein starkes Instrument, um die Verbände, Vereine und Initiativen, die sich tagtäglich für demokratische Kultur einsetzen, zu fördern. Wir werden ihre Arbeit weiter unterstützen. Kürzungen kommen genauso wenig in Frage wie eine Neuauflage der Extremismusklausel.
- Die Sicherheitsbehörden sind besonders gefordert. Einerseits muss dem besorgniserregenden Anstieg an rassistisch motivierten Übergriffen auf Migrantinnen und Migranten, Asylsuchendenunterkünften, Helferinnen und Helfer sowie staatliche Stellen, aber auch rechter Hetze im Internet mit voller Kraft Einhalt geboten werden. Andererseits müssen Sicherheit und Ordnung in den Flüchtlingsunterkünften aufrechterhalten und durchgesetzt werden. Dazu brauchen wir **effektive Gefahrenabwehr sowie konsequente und schnelle Strafverfolgung**. Diese Aufgabe wird besonders für die sächsische Polizei in nächster Zeit noch an Bedeutung gewinnen. Deshalb ist unabhängig von der Arbeit der Fachkommission Polizei nicht nur der Stellenabbau bei Polizei und Justiz vollumfänglich zu stoppen. Für mehr Rechtsstaat und mehr Sicherheit brauchen wir mehr Polizei und mehr Stellen in Staatsanwaltschaften und Gerichten, um Ermittlungsverfahren im Rahmen der gesetzlichen Regelungen in kürzester Zeit von der Anzeige bis zum Urteilsspruch zu führen.
- **Antidiskriminierung:** Sachsen soll der Koalition gegen Diskriminierung beitreten und entsprechend der Schwerpunkte der Absichtserklärung im Freistaat wirken.
- Die Herausforderung der **doppelten Integration** besteht darin, auch die Sächsischen und Sachsen auf die Veränderungen einer Einwanderungsgesellschaft vorzubereiten. Das ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe.
- 25 Jahre nach der Deutschen Einheit wird deutlich, dass es falsch war anzunehmen, demokratische Einstellungen würden einfach übernommen. Sie müssen gelernt werden. Deshalb brauchen wir eine **politische Bildungsoffensive in Sachsen:** Statt lediglich formale Aufgaben demokratischer Institutionen zu vermitteln, müssen Empathie und Leidenschaft fürs Mitmachen entfacht und Kompetenzen wie Konflikt-

## **Initiativantrag**

und Diskussionsfähigkeit gezielt entwickelt werden. Eine spezielle Zielgruppe müssen dabei auch die Geflüchteten werden, vielleicht sogar in Verbindung mit Erfahrungen zu Diktatur und Demokratie in Ostdeutschland. Der Durchschnitt der Geflüchteten ist wie der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung – auch dort gibt es gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Um die öffentliche **Verwaltung** im Umgang mit der Vielfalt in der Gesellschaft zu stärken, muss sie sich **interkulturell stärker öffnen**. Interkulturelle Kompetenzen sind zu stärken und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu erhöhen.

- Das von uns geforderte **kommunale Wahlrecht** für Ausländerinnen und Ausländer oder andere Arten der Beteiligung könnte einen Beitrag zur Integration in das Gemeinwesen leisten.
- Die deutsche Staatsbürgerschaft sollte leichter zu erlangen sein, und Restriktionen bei der doppelten Staatsbürgerschaft abgeschafft werden.

**Wir brauchen ein sächsisches Integrationsgesetz.** Die einzelnen aufgeführten Maßnahmen zur Integration müssen in einem Gesetz zusammengeführt und damit in eine einheitliche Struktur gefasst werden. Mit einer gesetzlichen Grundlage sollen Teilhabe, Rechte und Pflichten sowie Ressourcen verbindlich festgeschrieben werden.

Die vielen zu uns Kommenden sind eine Chance für unsere Gesellschaft. Es geht deshalb in der sächsischen Politik nicht länger um eine Anpassungsstrategie an eine negative demografische Entwicklung, sondern um eine mutige, aktive Gestaltung unserer Zukunft. Die technischen und finanziellen Mittel, um dieser Herausforderung gerecht zu werden, sind vorhanden. Wir müssen sie nur richtig einsetzen. **Darum ist jetzt die Zeit für Politik: für Entscheiden, Überzeugen und Handeln!**

## **Initiativantrag**

**Antrag: I02**  
**Votum des Parteitags: einstimmig angenommen**

### **Thema: Kommunalinvestitionspaket „Brücken in die Zukunft“**

#### **Kommunale Finanzkraft stärken / Gewinnerpaket für alle schnüren**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-StaatsministerInnen werden dabei unterstützt, sich weiterhin für eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung und eine faire Zukunftsperspektive sowohl für den kreisfreien wie auch den ländlichen Raum in Sachsen einzusetzen.

Dabei ist uns kurzfristig wichtig, dass im aktuellen Kommunalinvestitionspaket „Brücken in die Zukunft“ bestehende Ungleichgewichte, die aus der parallel vorgenommenen Umschichtung im Finanzausgleich resultieren, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens nachgebessert werden. Damit soll das vorliegende Paket ein „Gewinnerpaket“ für alle werden.

Mittelfristig sollen sich die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-StaatsministerInnen für möglichst transparente Verfahren in der Abstimmung zwischen kommunaler Ebene und Landesebene einsetzen. Bestehende Abstimmungsprozesse sind kritisch zu hinterfragen. Ausreichender zeitlicher Vorlauf bei der Verhandlung von Finanzbeziehungen ist ebenso wichtig wie die Vermeidung von unnötigen bürokratischen Hürden bei der Gewährung zusätzlicher Finanzmittel an die Kommunen.

Dauerhaft ist es der SPD Sachsen wichtig, dass eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum erfolgt. Kreisfreie Städte und ländliche Räume dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein erfolgreiches Sachsen wird es nur gemeinsam geben.

## **Anträge Inneres, Recht und Sicherheit**

### **Antrag IRS01**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

#### **Thema:**

#### **Entlastung der Gemeinden für Einsätze ihrer Feuerwehren auf der Autobahn**

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Staatsregierung des Freistaats Sachsen und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, einen Entwurf zu Änderungen des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) und erforderlichenfalls weiterer Gesetze und Vorschriften in den Landtag einzubringen, wonach der Freistaat jene Kosten der Gemeinden übernimmt, welche den Gemeinden aus den Einsätzen ihrer Feuerwehren auf den Bundesautobahnen einschließlich der Vorhaltekosten für Personal, Ausrüstung und Gebäude für diese Einsätze entstehen.

## **Anträge Inneres, Recht und Sicherheit**

### **Antrag IRS02**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Lasst die Fahnen wehen! Flaggenverordnung ändern**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:

Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt auf die Sächsische Staatsregierung dahingehend einzuwirken, dass die Flaggenverordnung des Freistaates Sachsen so geändert wird, dass Flaggen und Fahnen zu besonderen Anlässen wie dem Christopher-Street-Day vor öffentlichen Gebäuden aufgehangen werden dürfen.

Fahnen mit kommerziellen Inhalten sind von dieser Neuregelung auszunehmen.

## **Anträge Inneres, Recht und Sicherheit**

### **Antrag IRS03**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

#### **Thema:**

### **Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag bzw. den Konvent und die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die sechs toten und 43 entführten Student\*innen in Ayotzinapa, die im September 2014 der Welt die Menschenrechtssituation in Mexiko vor Augen führten, sind kein Einzelfall, sondern ein trauriges Beispiel für die Verquickungen von staatlicher Korruption und organisierter Kriminalität<sup>1</sup>. Denn: die Missachtung und Verletzung von Menschenrechten in Mexiko sind kein "Kollateralschaden" im sogenannten Krieg gegen die Drogenkartelle, noch unvermeidbare Einzelfälle. Vielmehr sind sie tief im politischen System des Landes verankert, in dem der Staat, der Sicherheitsapparat und die organisierte Kriminalität aufs engste miteinander verbunden sind. Korruption und Gewaltverbrechen sind hierbei keine "Schwächen" oder "Ausfallerscheinungen" der Gesellschaft, sondern zentraler Bestandteil des politischen Betriebs.

Zahlreiche Verbrechen, wie Einschüchterung, Entführung, Folter bis hin zu Mord werden dabei nicht nur von "kriminellen Banden" begangen. Auch staatliche Sicherheitskräfte wie lokale oder bundespolizeiliche Einheiten sowie das Militär sind aktiv in sie involviert, wie das Beispiel in Ayotzinapa zeigt. Doch anstatt die Korruption und kriminellen Machenschaften zu bekämpfen, setzt die mexikanische Regierung auf Aufrüstung<sup>2</sup>. Hierbei spielen nicht nur Länder wie die USA eine Rolle, sondern auch Deutschland ist ein wichtiger Partner bei der Aufrüstung und Ausbildung der Sicherheitskräfte. Diese Kooperationen sollen zukünftig noch weiter ausgebaut werden. Seit 2011 wird zwischen den Regierungen beider Länder über ein Sicherheitsabkommen verhandelt, welches die polizeiliche Zusammenarbeit, die strategische und taktische Schulung von Einsatzkräften, die technische Unterstützung und den gegenseitigen Informationsaustausch vertraglich festhalten soll. Im Hinblick auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche

---

<sup>1</sup> Die 43 Student\*innen wurden auf dem Weg zu Protesten gegen die Regierung zunächst von mexikanischen Polizeieinheiten angehalten und beschossen, wobei 6 Menschen starben. Die Verbliebenen wurden anschließend festgenommen und an ein örtliches Kartell übergeben, welches sie dann verschwinden ließ. Heute ist davon auszugehen, dass sie umgebracht und ihre Leichnamen verbrannt wurden. Als Übersicht über die Geschehnisse in Ayotzinapa und danach siehe das Dossier von Amerika21: <https://amerika21.de/dossier/massaker-von-ayotzinapa>.

<sup>2</sup> So stiegen allein 2014 die mexikanischen Militärausgaben um 8% auf 8.068,68 Mio US-Dollar. Siehe Bonn International Center for Conversation, "Bonn International Center for Conversion (BICC)

"Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Mexiko" und <http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP>.

## **Anträge Inneres, Recht und Sicherheit**

immer wieder von mexikanischen Sicherheitskräften begangen werden, bleibt zu befürchten, dass durch ein solches Abkommen deutsches Sicherheits-Know-how bei der Begehung dieser Verbrechen genutzt wird. Zugleich besteht die Gefahr, dass durch die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Militär- und Sicherheitsgüter deutsche Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei den Gewaltverbrechen zum Einsatz kommen.

Damit zukünftig die stattfindenden Menschenrechtsverletzungen nicht indirekt durch Deutschland unterstützt werden, lehnen wir eine weitere Militarisierung und Aufrüstung der mexikanischen Sicherheitskräfte mit deutscher Hilfe ab und fordern stattdessen:

- die Aussetzung der Verhandlungen über das Sicherheitsabkommen,
- die Verpflichtung Deutschlands, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass die von Mexiko unterzeichneten internationalen Verträge und Vereinbarungen zur Garantierung der Menschenrechte eingehalten und umgesetzt werden. Dazu zählen unter anderem: die UN Menschenrechtscharta, die Internationale Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und die UN-Konvention gegen Korruption.
- den Einsatz in bilateralen oder von der EU getragenen Verhandlungen und Projekten zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der Zivilgesellschaft in Mexiko.

## **Anträge Inneres, Recht und Sicherheit**

### **Antrag IRS05**

**Votum der Antragskommission:** Diskussion durch den Parteitag

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

#### **Thema:**

**Anlassunabhängige Recherche – Suche nach volksverhetzenden Postings nicht der Netzgemeinde überlassen**

Wir fordern:

- Die Bildung einer Ermittlungseinheit bei der Polizei Sachsen, die Straftaten im Sinne von Volksverhetzung im Internet verfolgt.
- „Anlassunabhängige Recherche“ muss, wie in anderen Bundesländern auch, ein gängiges Mittel der sächsischen Polizei werden, um volksverhetzende Inhalte und Postings auf öffentlich zugänglichen Seiten im Internet zu identifizieren und juristisch zu verfolgen.

## **Anträge Inneres, Recht und Sicherheit**

### **Antrag IRS06**

**Votum der Antragskommission:** Diskussion durch den Parteitag

**Votum des Parteitags:** nach Saalausählung mehrheitlich angenommen

### **Thema: „Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!“**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Wir setzen uns für die Legalisierung des Konsums sowie des Besitzes und privaten Anbaus von Cannabis und Cannabisprodukten in für den Eigenbedarf üblichen Mengen ein. Darüber hinaus sollen der kommerzielle Anbau, Handel und die Verarbeitung von und mit Cannabis und Cannabisprodukten unter strenger staatlicher Kontrolle legalisiert werden.

Mit der Neuregelung beim Umgang mit Cannabis beenden wir die gescheiterte Verbotspolitik, entziehen dem Schwarzmarkt die Grundlage und entlasten Gerichte und Strafverfolgungsbehörden von unnötigen Verfahren. Wir setzen auf einen eigenverantwortlichen und bewussten Umgang mit Cannabisprodukten und werden durch entsprechende Begleitregelungen einen effektiven Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz sicherstellen. Zusätzliche Steuereinnahmen sollen für den Ausbau der Drogenprävention und Suchhilfe verwendet werden. Die medizinische Nutzung von Cannabis wollen wir rechtssicher ausgestalten und allen Patienten unter gleichen Kriterien den Zugang ermöglichen.

Wir fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die Legalisierung von Cannabis einzusetzen. Eine entsprechende Initiative soll in die Koalition und den Bundestag eingebracht werden. Das im rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen vereinbarte "Bremer Modell" betrachten wir als vorbildhaft und wollen es bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung auf weitere Bundesländer ausdehnen.

## **Leitanträge**

### **Antrag L01**

**Votum der Antragskommission:** Diskussion durch Parteitag

**Votum des Parteitags:** mehrheitlich angenommen

### **Thema: Unser Sachsen für morgen: Der Weg geht weiter.**

Mit einem klaren Bild für „**Unser Sachsen für morgen**“ sind wir sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Sommer 2014 in den Landtagswahlkampf gezogen. Wir haben in unserem Wahlprogramm konkrete Vorschläge gemacht: Wie wir in Sachsen ein lebenswertes Zuhause für alle Menschen schaffen können. Wie wir die Bildung in unseren Schulen und Hochschulen verbessern wollen. Wie wir eine gesunde Wirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen und soliden Finanzen in Einklang bringen. Wie sich unser Land nachhaltig entwickeln kann. Wie die sächsischen Behörden, Verwaltung und Polizei gestaltet werden sollen. Und auch, wie wir ein demokratisches Miteinander in Sachsen stärken können.

Viele unserer Vorschläge sind nach der Wahl in den **Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU** aufgenommen worden. Und deshalb haben die Mitglieder der sächsischen SPD mit großer Mehrheit für den Koalitionsvertrag gestimmt. Heute, ein gutes Jahr später, wurden bereits viele Vereinbarungen umgesetzt. Sie sind ein erster Schritt in die richtige Richtung:

- Ab September 2015 wird der Betreuungsschlüssel in Kindergärten und Krippen erstmals seit 1992 schrittweise verbessert.
- Wir unterstützen die Kinder- und Jugendhilfe und haben eine Erhöhung der Jugendpauschale auf 12,40 Euro beschlossen.
- Für das Schuljahr 2015/2016 wurden über 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.
- Der Stellenabbau an Hochschulen wurde aufgehalten.
- Für eine starke demokratische Kultur haben wir die Mittel für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ um mehr als 1,3 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt.
- Zum ersten Mal gibt es ein Programm, das Integration stärkt: Mit der Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen“ wird ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe und die Integrationsarbeit von sächsischen Kommunen mit mehreren Millionen Euro unterstützt.
- Mit den Personalkommissionen des Freistaats wird es endlich eine wirkliche Bedarfsplanung und damit einen Paradigmenwechsel bei der Personalpolitik geben.
- Wir schaffen mit den TarifpartnerInnen eine Fachkräfteallianz.
- Wir investieren massiv in den Breitbandausbau – für eine flächendeckende Versorgung in Stadt und Land.
- In der Kunst- und Kulturförderung steigt das Budget jährlich um knapp eine Million Euro.

## **Leitanträge**

**Sachsen ist ein Land mit Zukunft – heute mehr denn je:** Trotz politischer und wirtschaftlicher Krisen in der Welt zeigt sich die sächsische Wirtschaft robust. Die Industrie erreichte hierzulande seit dem Jahr 2000 das zweitstärkste Wachstum aller Bundesländer. Die Handwerksdichte ist außergewöhnlich hoch und liegt klar über dem deutschen Durchschnitt. Ein großer Teil des gesamten Exports der ostdeutschen Flächenländer stammt aus Sachsen. Die Einkommen steigen. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Einheimische Betriebe behaupten sich auf den Märkten, neue Unternehmen siedeln sich bei uns an. Der eingeführte Mindestlohn sorgt für mehr wirtschaftliche Sicherheit. Jungen Menschen stehen viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. An den sächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird Spitzenforschung betrieben. Familien finden verlässliche Betreuung für ihre Kinder. Kultur und Sport werden gefördert. Sachsen könnte eigentlich allen, die hier leben, eine gute Heimat sein.

Doch bei allen Erfolgen besteht in der Bevölkerung oft auch ein Gefühl von Unsicherheit. Nach den Umbrüchen nach der Wiedervereinigung mit hoher Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und fehlender Wertschätzung geht es den meisten Menschen im Freistaat heute besser. Dennoch fühlen sich viele Sächsinen und Sachsen von weltweiten Krisen direkt betroffen. Menschen fliehen vor Bürgerkriegen, politischer Verfolgung oder wirtschaftlichem Elend auch nach Deutschland, die extrem niedrigen Zinsen fressen bei gleichzeitig höherer Inflation die Ersparnisse für das Alter auf.

Zu viele Menschen in unserem Land fühlen sich nach wie vor unsicher, wenn sie an ihre Zukunft denken. Manche Menschen in unserem Land blicken mit Sorge auf das **Älterwerden**. Sie fragen sich, ob sie auch im Alter ihren Lebensstandard halten können – und ob sie gut versorgt werden, wenn sie krank werden oder zu schwach sind, um ihr Leben eigenständig meistern zu können. Vielen ist es trotz Leistung, guter Ausbildung, Stress und Sparsamkeit mit ihrem schmalen Geldbeutel schwer möglich, einen kleinen Wohlstand aufzubauen. Der erreichte Status erscheint unsicher, die aktuelle wirtschaftliche Stabilität brüchig. Besonders haben die Menschen das Gefühl, dass nicht ihre Leistung über ihren Arbeitsplatz entscheidet, sondern Umstrukturierungen globaler Unternehmen oder das Missmanagement in Führungsetagen.

Manche Menschen sorgen sich um die **Sicherheit** in unserem Land: Wird in meine Wohnung eingebrochen oder wird mein Auto gestohlen? Kommt die Polizei schnell, wenn man sie ruft? Manche Menschen sorgen sich auch um ihr **Lebensumfeld**: Bleibt unsere Umwelt intakt? Kann ich hier gesund leben? Wird unsere Energieversorgung sicher und bezahlbar bleiben?

Die Menschen haben verschiedene Wege, mit diesen Unsicherheiten umzugehen. Manche packen an, engagieren sich und nehmen die Dinge selbst in die Hand. Sie übernehmen Verantwortung für sich und für andere Menschen in unserer Gesellschaft. Manche verlassen Sachsen und suchen ihr Glück woanders. Manche resignieren, andere schimpfen. Und eine Besorgnis erregende Zahl wendet sich in ihrer Wut sogar gegen andere.

## Leitanträge

Doch all diese Menschen erwarten, dass die politisch Handelnden ihre Unsicherheiten erkennen, ernst nehmen und verringern.

Diese Erwartung ist durchaus gerechtfertigt. Bestimmte Risiken kann eine einzelne Person nicht absichern. An dieser Stelle ist der Staat gefragt. Allerdings können die Politik, der Staat und die öffentlichen Institutionen nicht alle Unsicherheiten beseitigen. **Unsicherheit gehört zu einem freien Leben dazu. Zum guten Leben gehört aber auch Vertrauen.** Menschen müssen Vertrauen darin haben, dass ihre Lebensgrundlage in einer Demokratie sicher ist. Dass sie auch in schweren Zeiten von einer solidarischen Gemeinschaft aufgefangen werden. Dass sie sich frei entwickeln können – mit den gleichen Rechten und Chancen. Vertrauen wächst oder sinkt mit den Erfahrungen, die Menschen in ihrem Leben machen. Genau das ist das Anliegen der Sozialdemokratie: Wir wollen Menschen zu einem freien Leben befähigen und ihnen Vertrauen geben – einerseits in sich selbst und andererseits in ihre Umwelt, ihre Mitmenschen und in unsere Demokratie.

### ***Wir stehen für gute Bildung und faire Chancen***

Der Anfang allen Vertrauens liegt in der Kindheit: Wenn Menschen etwas lernen und wenn sie Fähigkeiten entwickeln, dann schöpfen sie daraus Selbstvertrauen. Und wenn sie gleichzeitig einen starken Rückhalt in ihrer Familie erfahren, wenn sie merken, dass immer jemand für sie da ist, dann schöpfen sie auch Vertrauen in ihr Umfeld.

Deshalb sind für uns **Familienförderung, Kinderbetreuung und gute Bildung** weiterhin zentrale Anliegen. Wir haben die Betreuung in unseren Kindertagesstätten durch die Erhöhung des Personalschlüssels verbessert. Nach über 20 Jahren ist es uns gelungen, diesen Schritt durchzusetzen. Wir sind uns aber bewusst, dass das nicht ausreicht. Wer bessere Kitas will, muss auch die Arbeitsbelastung der Erzieherinnen und Erzieher im Blick haben – und perspektivisch für Entlastung sorgen. Deshalb bleibt ein **Betreuungsschlüssel von 1:4 in Krippen und 1:10 in Kindergärten** unser Ziel.

Der Betreuungsschlüssel ist allerdings nur ein Aspekt der Bildung unserer Jüngsten. Entscheidend sind auch motiviertes Personal und gut qualifizierter ErzieherInnennachwuchs. Die Kita von morgen wird eine andere sein. Deshalb müssen neue Entwicklungen bereits in der Ausbildung thematisiert werden. In der **Kita der Zukunft** werden **multiprofessionelle Teams** arbeiten, die für bestmögliche Startchancen unserer Jüngsten sorgen. Perspektivisch brauchen wir dort also nicht nur pädagogische Fachkräfte, sondern auch Fachkräfte, die sich etwa um Inklusion, Integration, Sprachausbildung oder soziale Betreuung kümmern – und zwar nicht anstelle von Erzieherinnen und Erziehern, sondern zusätzlich zu ihnen.

Wir haben die Mittel für die Jugendpauschale erhöht, damit Familienberatung und präventive Angebote ausgebaut werden können. Noch immer ist aber die Zahl derjenigen zu hoch, die ihre begonnene Berufsausbildung abbrechen oder nicht erfolgreich abschließen. Weil derzeit die Ansprechstellen, die Jugendliche bei der Berufswahl unterstützen, in un-

## **Leitanträge**

übersichtlicher Weise auf verschiedene Behörden der Kommunen, der Arbeitsagenturen und anderer Einrichtungen verteilt sind, werden wir Jugendberufsagenturen schaffen, damit junge Menschen aus einer Hand einen guten Start in ihr eigenständiges Leben erhalten.

Wir wollen unser sächsisches Bildungssystem weiter verbessern. Gute und erreichbare Schulen mit ausreichend Lehrpersonal sind notwendige Bedingungen für den Bildungserfolg. Wir haben die Zahl der unbefristet einzustellenden Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen erhöht: Zum Schuljahresbeginn 2015 wurden über 1.100 neue Lehrkräfte eingestellt, 1.000 Neueinstellungen werden jährlich folgen. Schon heute müssen wir über ideelle Anreize bis hin zu höheren Gehältern dafür sorgen, dass der Lehrerberuf attraktiver wird, so dass geeignete junge Menschen in genügender Zahl auch Lehrerin oder Lehrer werden wollen. Zugleich müssen wir Sorge tragen, dass die Schulen im ländlichen Raum von diesen Einstellungen profitieren.

Wir wollen in unserem Land eine ehrliche Debatte über unser Bildungssystem in Gang setzen – über Lehrpläne und Lehrmethoden, über Bildungsstandards und Vergleichbarkeit. Wir haben eine gute Bildung in Sachsen. Aber zu viele fallen noch durch das Raster der sächsischen Bildungspolitik. Wir akzeptieren nicht, dass fast neun Prozent der Kinder die Schule ohne einen Abschluss abbrechen und dadurch möglicherweise dauerhaft abgehängt werden – das ist bundesweit einer der miserabelsten Werte.

Und auch wenn unser derzeitiger Koalitionspartner damit ein Problem hat: Den Rahmen zu schaffen für ein längeres gemeinsames Lernen bleibt eines unserer zentralen politischen Ziele. Denn so werden wir besser den entwicklungspsychologischen Besonderheiten von aufwachsenden Kindern gerecht und vermeiden, dass unsere Gesellschaft schon früh gespalten und einzelne SchülerInnen beschämt werden. Längst ist empirisch und wissenschaftlich gesichert, dass Vielfalt eine gute Basis für nachhaltiges Lernen ist. Deshalb wollen wir allen Schülerinnen und Schülern in einer Schule alle Abschlüsse bis hin zum Abitur ermöglichen. Wir wollen niemandem durch frühe Selektion einen Abschluss erschweren oder verwehren – aber auch niemanden auf einen Abschluss festlegen, den er gar nicht will. Wir wollen den Blick stärker als bisher auf die individuelle Förderung jedes einzelnen jungen Menschen richten.

Dafür müssen wir mit der **Novellierung des Schulgesetzes** den Schulen endlich mehr Verantwortung übertragen und damit deutlich mehr Raum für die Gestaltung der Bildungsprozesse vor Ort geben. Demografische Entwicklungen auf der einen Seite und die mit der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention verbundene notwendige Differenzierung der Lernprozesse auf der anderen Seite läuten die Ablösung der Einheitsschulen verschiedener Schularten ein. Schulen müssen dazu nicht nur bedarfsgerecht und verlässlich auf die nötigen personellen und sächlichen Ressourcen zugreifen können, sondern genauso auf Beratung und Unterstützung. Da eine gute Schule mit ihrem Personal steht oder fällt, müssen Schule und Schulträger auch Einfluss darauf erhalten, wer an der Schule arbeitet, welche LehrerInnen, SozialpädagogInnen, TherapeutInnen etc. Ganz-

## **Leitanträge**

tagsschulen oder -angebote und Schulsozialarbeit sollen verlässlich über ein Landesprogramm finanziert und damit ausgebaut werden.

Zudem müssen Kinder mit einem Migrationshintergrund – die in den kommenden Jahren verstärkt in unser Bildungssystem kommen werden – von Anfang an beste Integrationschancen erhalten. Das beginnt in den Kitas und muss sich in den Schulen fortsetzen. Bildung ist der Schlüssel zur Integration in unsere Gesellschaft.

Die Demokratie lebt davon, dass sich Menschen engagieren und beteiligen. Dazu bedarf es Wissen und Informationen, wie unsere Demokratie funktioniert und es bedarf der Ermutigung, demokratische Gestaltungsspielräume zu nutzen. Ebenso muss der konstruktive Dialog zwischen unterschiedlichen Meinungen und Werten erlernt werden. **Politische Bildung** ist dafür ein Schlüssel. Dies beginnt in schulischen und außerschulischen Bereichen, wo über die Formen, wie Konflikte in unserer Gesellschaft ausgetragen werden, informiert und unterrichtet werden muss. Schulen sind kein unpolitischer Raum, sondern müssen sich den gesellschaftlichen Konflikten unserer Zeit öffnen und diese auch im Diskurs begleiten. Für Bürgerinnen und Bürger bleibt dies eine lebenslange Aufgabe. Weiterbildung, auch politische Weiterbildung, muss deshalb allen möglich sein. Wir treten deshalb weiterhin für ein **Weiterbildungsfreistellungsgesetz** ein, bei dem alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende die Möglichkeit auf bezahlte Weiterbildungsfreistellung haben. Wir sehen die aktuelle Notwendigkeit, dass die finanziellen Mittel für politische Weiterbildung in Sachsen im kommenden Doppelhaushalt erhöht werden müssen, damit die politische Bildung gestärkt wird.

### ***Wir stärken Unternehmen und sichern Arbeitsplätze***

Sachsens Wirtschaft geht es gut. Das Wachstum liegt über dem ostdeutschen Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Die sächsische Industrie ist stark und innovativ, die Handwerkslandschaft vielfältig. All die guten Zahlen und Daten bedeuten aber nichts, wenn wir sie feierlich vor uns hertragen und uns darauf ausruhen. Wir müssen sie vielmehr als gute Grundlage und Ansporn für künftige Herausforderungen nutzen. Denn Sachsens wichtige Aufbaujahre nach Friedlicher Revolution und Vereinigung sind nun vorüber. Sachsen braucht jetzt den zweiten Schwung. **Wir müssen jetzt die Herausforderungen für die Zukunft angehen – sonst fallen wir zurück.**

Es gibt erheblichen Nachholbedarf gegenüber den alten Bundesländern. Löhne und Produktivität sind geringer, auch weil die Unternehmensstruktur vergleichsweise kleinteilig ist und wir noch zu wenige international agierende Großunternehmen mit Sitz in Sachsen haben. Es wird in Sachsen noch zu wenig geforscht, entwickelt und schließlich zur Serienreife gebracht.

**Um bei der Produktivität aufzuholen, benötigen wir größere, innovativere Unternehmen.** Diese tragen deutlich mehr zum Beschäftigungswachstum bei, erzielen höhere Renditen, forschen und exportieren mehr und haben eine höhere Produktivität. Zuletzt

## **Leitanträge**

lagen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F&E) mit 2,74 Prozent des Bruttoinlandsproduktes knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Vor allem die Unternehmen investieren nicht genug in Forschung und Entwicklung. Wir wollen den F&E-Anteil weiter erhöhen, insbesondere durch Ansporn für private Investitionen. Wir haben in der Landesregierung die Angebote für High-Tech-Gründer in der aktuellen Förderperiode weiter ausgebaut und die Fokussierung auf zusätzliches Personal für F&E und Transferaufgaben gestärkt. Mit der Innovationsplattform futureSAX bringen wir GründerInnen, UnternehmerInnen, InvestorInnen und WissenschaftlerInnen zusammen.

**Wir müssen die Chancen der zunehmenden Digitalisierung nutzen.** Noch können wir diese Potenziale nur erahnen. Wenn aber schon Debatten geführt werden, ob in Zukunft Google oder Apple Autos bauen oder VW und BMW, dann müssen wir alles daran setzen, den Innovationsstandort Sachsen auszubauen, um gute Arbeitsplätze hier zu erhalten. Eine zentrale Voraussetzung ist der flächendeckende Ausbau eines Netzes für Hochgeschwindigkeitsbreitband. Deshalb investieren wir bis 2018 über das Förderprogramm Digitale Offensive Sachsen (DiOS) allein an Landesmitteln 200 Millionen Euro für den **Ausbau der Netzinfrastruktur**. Unser Ziel ist dabei, den Ausbau von Internetverbindungen mit Datenraten von mindestens 50 Megabit/Sekunde in ganz Sachsen zu garantieren, egal ob Stadt oder Land. Mit der „Digitalen Agenda“ werden wir in der Landesregierung aber nicht nur den Breitbandausbau fördern, sondern auch die **digitalen Voraussetzungen für eine moderne Wirtschaft** schaffen: Wir stärken die digitale Innovationskraft, wir gewährleisten Informations- und Cybersicherheit, wir treiben die Digitalisierung der Verwaltung und öffentlicher Institutionen voran und wir schaffen die Kompetenz für Wirtschaft 4.0 und Arbeit 4.0. Um hier von Anfang vorne dabei zu sein, brauchen wir eine gute digitale Infrastruktur und die besten Fachkräfte.

Arbeit in Sachsen sichern bedeutet auch, aktiv in Teilhabe zu investieren. Derzeit gibt es eine paradoxe Situation: Auf der einen Seite gibt es im Freistaat noch immer zu viele Menschen ohne Arbeit. Auf der anderen Seite fehlen zunehmend Fachkräfte. Doch ohne Fachkräfte kein Wachstum. **Es ist daher klug, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, in die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit benachteiligter Menschen zu investieren:** Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Zuwandernde, Ältere und Jugendliche in strukturschwachen Regionen ebenso wie Menschen mit persönlichen Problemen wie Sucht, Schulden oder psychosozialen Erkrankungen. **Wir wollen nicht wie bislang so viele Menschen in Sachsen zurücklassen.** Das sind wir in der Landesregierung angegangen. Für Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, haben wir durch unsere ESF-Programme bessere Möglichkeiten für Qualifizierungen geschaffen. Mittelfristig wollen wir, mit Unterstützung von Bundesprogrammen, einen sozialen Arbeitsmarkt einrichten, der vor allem Menschen zu Gute kommt, die in der heutigen Hochleistungs-Arbeitsgesellschaft nur wenige Chancen haben.

Mit der Kampagne „**Gute Arbeit für Sachsen**“ holen wir die SozialpartnerInnen und ExpertInnen an einen Tisch. Mit der Fachkräfteallianz, einer Arbeitsschutzallianz sowie einem neuen Sozialpartnerdialog gehen wir das Thema an. Wir werden den sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Rücken stärken und sie dabei unterstützen,

## **Leitanträge**

tarifliche Strukturen und Vereinbarungen auszuweiten. Sachsen darf nicht mehr die rote Laterne bei der Tarifbindung haben.

Nach dem Vorbild von Hamburg werden wir auch in Sachsen flächendeckend die erfolgreichen Jugendberufsagenturen einführen. So können junge Menschen bei der Berufswahl aktiver betreut und begleitet werden. Über eine intensivere Berufsorientierung ab Klasse 7 wollen wir die **Quote der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche deutlich senken.**

Gute Arbeit ist für uns ein Kriterium, welches wir in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik des Landes verankern wollen. Dazu gehört, dass wir ein modernes Vergabegesetz schaffen, welches gute Arbeit, Tariftreue und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards belohnt. Auch in der Wirtschaftsförderung werden wir Kriterien der guten Arbeit verankern. Auf Bundesebene setzen wir uns für faire Regeln zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen ein.

Der Mindestlohn, für den wir so lange gekämpft haben, ist ein Erfolg. Er hat den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Sachsen höhere Lohnzuwächse als im Bundesschnitt gebracht. **Wir lehnen Vorschläge ab, dass der Mindestlohn für Geflüchtete ausgesetzt wird.** Eine Aufweichung enthält sozialen Sprengstoff. Wir wollen nicht, dass Beschäftigte gerade im Dienstleistungsbereich Angst haben müssen, von einem oder einer Geflüchteten unterboten zu werden. Wir wollen Flüchtlingen helfen, dass sie möglichst schnell Arbeit finden und auf eigenen Füßen stehen können: mit Sprachförderung, besserer Vermittlung und LotsInnen vor Ort. Das ist nicht nur eine Frage des Anstands sondern auch des Verstands. Wenn wir jetzt gemeinsam mit den Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen investieren, wird dies nicht nur zu einer besseren Teilhabe für Flüchtlinge führen, sondern es werden auch viele Probleme in der Zukunft vermieden werden.

### ***Wir schaffen Sicherheit für ein gutes Leben im Alter***

Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Heute können die sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbewusster sein. Es ist gut, dass heute viele Auszubildende ihre Lehrstelle auswählen können. Es gibt aber auch viele Menschen, gerade aus sozial schwächer gestellten Gesellschaftsschichten, in denen sich enorme Frustpotenziale angestaut haben.

Niedrige Löhne und lange Arbeitslosigkeit sind die Hauptursachen für spätere Altersarmut. Die SPD hat die Grundsicherung im Alter eingeführt, damit auch Geringverdienende einen auskömmlichen Lebensabend haben. Und wir setzen uns weiter für eine Solidarrente nach 35 Beitragsjahren ein. Auch damit wird man nicht reich und es wird auch trotzdem Menschen geben, die aufgrund ihrer Arbeitsvergangenheit in der Grundsicherung landen – es ist aber gerecht, wenn man nach 35 Jahren Arbeit ein wenig mehr in der Tasche hat als jemand, der nie gearbeitet hat. Darüber hinaus bedarf es eine grundlegende Weiterentwicklung im Rentensystem, damit sich Veränderungen in der Arbeitswelt widerspiegeln.

## **Leitanträge**

Diese Themen sind nicht nur für Sachsen wichtig sondern für ganz Ostdeutschland. Prekäre Arbeit und arme RentnerInnen gibt es in ganz Deutschland, doch in Ostdeutschland leben die Betroffenen in übergroßer Zahl. Als sächsische SPD müssen wir hier der Anwalt der ostdeutschen ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen in der Bundespolitik sein.

### ***Wir stehen für einen starken Staat***

Vertrauen brauchen auch der Staat und seine Institutionen. Vertrauen braucht unsere Demokratie, damit sie funktionieren kann. Und dieses Vertrauen will verdient werden. In den letzten Jahrzehnten hat der Freistaat Sachsen mit seiner soliden Finanzpolitik Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Landes erzeugt. Gleichzeitig wurde dieser Kurs jedoch an einigen Stellen übertrieben: Sparen darf nicht zum Selbstzweck werden, wichtige Zukunftsinvestitionen verhindern oder das Gemeinwesen zerrütten. Die Unsicherheiten sind nicht nur gefühlt, sie sind für viele Menschen Realität. Politik muss sich als handlungsfähig erweisen, um die Probleme anzugehen, ohne zu viel zu versprechen. Wir müssen in Bildung, Infrastruktur, Polizei, Innovation und Demokratiebildung investieren.

Gerade die derzeitigen Herausforderungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zeigen, dass der öffentliche Dienst gebraucht wird und genügend Personal haben muss, um solche Aufgaben zu bewältigen: Es braucht Verwaltungspersonal, das ankommende Flüchtlinge registriert, es braucht SozialarbeiterInnen, die eine erste Orientierung geben, es braucht RichterInnen, die Asylverfahren führen, es braucht LehrerInnen, die Kinder in die Schule integrieren, es braucht PolizeibeamtInnen, die für die Sicherheit von Unterkünften sorgen. Sachsen hat sich anfangs überfordert gezeigt, schnelle Hilfe bereitzustellen. Die Verwaltung war nicht gut vorbereitet, wichtige Stellen haben zu wenig miteinander kommuniziert und oft wurde versäumt, die Menschen in Sachsen rechtzeitig und umfassend zu informieren.

**Wir wollen einen freiheitlichen, aber starken Staat.** Ein starker Staat ist weder ein autoritärer Staat, noch ein Staat der Regelungswut, es ist ein Staat, der Freiheit sichert, der angemessene Rahmen setzt und der klug reguliert. Er ist Voraussetzung für politisches Handeln. Es ist ein Staat, der Kreativität fördert und nicht hemmt, es ist ein Staat, der die Schwachen schützt. So ein Staat braucht auch Geld und er braucht bestes Personal. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass der undifferenzierte Personalabbau im öffentlichen Dienst gestoppt wird. Mit Blick auf die vielen Flüchtlinge, die tagtäglich bei uns ankommen – und von denen viele dauerhaft bei uns bleiben werden –, wird sich auch unser Alltag in Sachsen verändern. Wir werden mehr Schulen benötigen. Wir müssen die Hochschulen zukunftssicher und weltoffen ausbauen. Wir benötigen für eine wachsende Bevölkerung eine andere Infrastruktur, im Verkehr, im Gesundheitswesen, bei der Versorgung. Wir werden auch unsere Verwaltung den neuen Zahlen und Aufgaben anpassen müssen: mehr Polizistinnen und Polizisten, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Angestellte und Beamtinnen und Beamte in Justiz und Verwaltung. Für all das wollen wir unsere Spielräume für eine Stärkung des öffentlichen Dienstes nutzen.

## **Leitanträge**

### ***Wir verteidigen die Demokratie und stärken Zivilcourage***

Neonazis und RechtspopulistInnen nutzen gerade ihre Chance. Rechtsextremismus war in Sachsen nie verschwunden. Seit Jahren werden Menschen ausländischer Herkunft eingeschüchtert und diskriminiert und Andersdenkende von Neonazis angegriffen. Pegida, die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Ausschreitungen gegen Helfende und PolizistInnen haben Sachsens Rechtsextremismus-Problem heute wieder sichtbarer denn je gemacht.

Rechte und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien versuchen, die hohe Anzahl von Flüchtenden und die bestehenden Unsicherheiten innerhalb der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Da wird Altersarmut auf „die da unten“ – die Flüchtlinge – geschoben und nicht auf 25 Jahre Niedriglohnpolitik in Sachsen. Geringverdienende werden aufgestachelt, Flüchtlinge seien eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, obwohl das Schulsystem gleichzeitig vielen die Chance zum Schulabschluss verbaut hat. Und da wird in maßloser und obszöner Art und Weise versucht, die Distanz zwischen Politik und Bevölkerung zu vertiefen, um selbst politischen Profit daraus zu schlagen. Diese Bewegungen und Parteien haben den Ton in Debatten aggressiver gemacht. Pauschalisierungen, Unterstellungen, Schwarz-Weiß-Denken und Verschwörungstheorien haben Einzug in zahlreiche Diskussionen gehalten. Eine solche politische Instrumentalisierung will keine Unsicherheiten beseitigen. Sie will sie bewusst zuspitzen, um rechtsradikale, nationalistische und menschenfeindliche Politikentwürfe zu etablieren. Sie ist Gift für das Mitmenschliche und den Zusammenhalt in Sachsen.

Unser Staat und unsere Gesellschaft müssen sich gegen Menschenhass, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit zur Wehr setzen. Neben der notwendigen Aufwertung politischer Bildung werden wir hierzu regionale und landesweite zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit intensiver unterstützen. Wir sind froh und stolz, dass sich inzwischen zehntausende Menschen in ganz Sachsen für unsere Demokratie und für die Integration von zugewanderten Menschen einsetzen. Wir freuen uns, dass sich Unternehmen und Betriebe, Kammern und Verbände, Gewerkschaften und Kirchen, die Hochschulen, Kultureinrichtungen und Sportvereine dafür engagieren, dass Menschen aus anderen Ländern in Sachsen eine Heimat finden. Denn Demokratie verlangt nach Zivilcourage. Und Demokratie verlangt nach Übernahme von Verantwortung. Deshalb brauchen wir nicht nur einen starken Staat. Wir brauchen genauso dringend starke Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen die Freiwilligen, die Hilfsbereiten, diejenigen, die Verantwortung mit übernehmen und nicht nur auf den Staat warten. Denn Solidarität – also auch die Übernahme von Verantwortung für sich und andere – ist ein ureigenes Anliegen der Sozialdemokratie. Deshalb ist Integration eine große Chance. Sie ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit Sachsens.

**Integration, so wie wir sie verstehen, ist keine Sache von Zuwandernden allein.** Wir wollen das Wort bei seiner lateinischen Wurzel nehmen – „integrare“ heißt „erneuern“,

## **Leitanträge**

„ergänzen“, „geistig auffrischen“. Wir erleben in Sachsen gerade eine herausfordernde, aber auch sehr spannende Zeit: Die Geburtenrate steigt, die Abwanderung sinkt, Menschen ziehen in unser Land. Sachsen wächst und dieses Wachstum ist eine Chance – für die Strahlkraft unserer großen Städte, aber auch für die Zukunftsfähigkeit unserer ländlichen Räume.

Nutzen wir das Wachstum, um unser Land, unsere Politik und unsere Demokratie zu erneuern, zu ergänzen und geistig aufzufrischen. **Eine solche Erneuerung ist gerade schon in vollem Gange.** Indem wir die Menschen, den Staat und unsere Demokratie dazu befähigen, ihre Zukunft zu meistern und Vertrauen zu haben. Wir wollen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält. Dass sie im freien und demokratischen Diskurs Zukunftsperspektiven entwickelt und Probleme löst. Dass Engagement unterstützt und gewürdigt wird. Dass verschiedene Ansichten, Lebensweisen, Herkunft und Kulturen einander ergänzen. Dafür brauchen wir gemeinsam geteilte demokratische Werte. Deshalb wollen wir die politische und ethische Bildung in unserem Land weiter stärken – in den Kindertagesstätten und Schulen genauso wie im öffentlichen Bereich. Wir wollen, dass Einheimische und Zuwandernde, Junge und Alte, Fortschrittliche und Konservative, Engagierte und Zurückgezogene einen gemeinsamen Wertekonsens teilen; dass Respekt, Toleranz, Anstand und Rechtschaffenheit Grundlage unseres Zusammenlebens sind. Wir wollen, dass die Politik mit gutem Beispiel vorangeht und Debatten sachlich und respektvoll führt. Wir wollen, dass Ausgrenzung, Demokratiefeindlichkeit und Hass in unserem Land keine Chance haben. Wir wollen, dass unser Land eine gute Heimat für jeden und jede sein kann, der oder die hier seine Heimat finden will.

### ***Gleichstellung fordert uns alle***

Gleichstellungspolitik ist eine übergreifende landespolitische Querschnittsaufgabe, eine kommunale Pflichtaufgabe und eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Damit diese drei Ebenen wirksam zusammenarbeiten können, wollen wir Dachverbands-, Beratungs- und Bildungsarbeit auf Landesebene sowie durch die Kommunen fördern. Wir wollen auch die bestehenden Angebote der Frauen- und Kinderschutzhäuser, der Interventionsstellen sowie der Täterberatungsstellen finanziell besser ausstatten und für die Bedarfe der neu in Sachsen lebenden geflüchteten Frauen und Familien passend ausgestalten. Kinder- und Jugendhilfe, die Schwangerenkonfliktberatung und Familienhilfe müssen sich besser vernetzen und aufeinander abgestimmt agieren. Mit einem Aktionsplan werden wir gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität entgegenwirken. Gleichzeitig wollen wir das sächsische Frauenförderungsgesetz in ein modernes Gleichstellungsgesetz umwandeln, das sich aufgrund von Anreiz- und Sanktionsmechanismen und überprüfbaren Vorgaben nicht weiterhin ignorieren lässt. Es wird die Grundlage für hauptamtliche und mit einem eigenen Budget ausgestattete Gleichstellungs- und Diversity-Arbeit in den Kommunen und in der Landesverwaltung bilden. Wir wollen nicht nur ein sachsenweites Monitoring für auf Frauen ausgerichtete Personalentwicklungskonzepte für die Überprüfung gerechter Entgeltstrukturen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch Frauenquoten für Leitungspositionen in der Landes- und der Kom-

## **Leitanträge**

munalverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Gesetz auch auf die Gleichstellung in der Privatwirtschaft Einfluss nimmt, zum Beispiel durch die Koppelung von Auftragsvergaben an ein gerechtes Entgeltssystem, Familienfreundlichkeit und Frauenquoten und durch leistungsorientierte Fördermittelvergabe, die die Belange einer geschlechtergerechten Arbeitswelt zum Kriterium macht.

Sachsen soll für Frauen und Männer gleichermaßen eine verlässliche Heimat seien. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, dass sich Frauen nach ihren Wünschen und Möglichkeiten verwirklichen können. Dazu gehören zum Beispiel spezielle Aus- und Weiterbildungsangebote für Alleinerziehende, die sich deren Lebensrhythmus anpassen. Wir wollen auch der Abwanderung von jungen, oft hochqualifizierten Frauen aus dem ländlichen Raum entgegenwirken. Dafür brauchen wir nicht nur ausreichende Arbeitsplätze: Kita- und Schulanbote dürfen nicht weiter abschmelzen, die Verkehrsinfrastruktur muss auf ihre Attraktivität für Familien überprüft werden.

Unsere vielleicht größte Herausforderung wird die Integration der neuen BürgerInnen sein, die jetzt zu uns nach Deutschland kommen. Diese Integration muss in der Gesellschaft genauso stattfinden wie auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen ausreichend und bedarfsgerechte Angebote für Aus- und Weiterbildung und für den Jobeinstieg. Wir sagen aber auch deutlich, dass die Werte der Gleichstellung und die entsprechenden Rechte und Pflichten nicht verhandelbar sind: alle Frauen und Männer – ob hier geboren oder zugezogen – können frei und gleichberechtigt leben.

### ***Wir wollen die Zukunft gestalten***

Die Sozialdemokratie war im Kern schon immer eine progressive Bewegung – eine Bewegung der Zukunft, der Neugier und des Wagemuts. Bei uns muss „das Neue“ nicht immer erst den Beweis erbringen, besser zu sein als „das Alte“. Es hat einen Vertrauensvorsprung, wenn „das Alte“ sich offensichtlich überholt. In den letzten Jahren hat sich unser Leben massiv verändert: Neue Technologien eröffnen den Menschen ganz neue Möglichkeiten, verlangen ihnen aber auch andere Fähigkeiten ab. Die Welt rückt zusammen und kommt sich näher, gleichzeitig steigen aber auch die Konflikte. Die Menschen haben mehr Freiheit und können ihre Individualität ausleben, zugleich brauchen Gesellschaften heute mehr Integration und Solidarität als je zuvor, um Verschiedenheit auszuhalten.

Wir sind davon überzeugt, dass sich gute Politik nicht in Legislaturperioden messen lässt. Unsere Zukunft braucht lange Gedanken, nachhaltige Antworten. Unser Wahlprogramm und unser Koalitionsvertrag sind eine gute Grundlage, um die Regierungsverantwortung auch in den nächsten vier Jahren gut zu meistern. Wir werden den Weg zu unserem Sachsen für morgen mit Geduld, Beharrlichkeit und einem langen Atem weitergehen.

Es gibt sehr viel zu tun. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die Zukunft wartet nicht auf uns, sie hat bereits unübersehbar begonnen. Die Grundlagen für unsere Zukunft in Freiheit und Wohlstand in einem modernen Sachsen, die schaffen wir jetzt – oder nie. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung darf nicht mehr der Vergleich mit 1990 oder mit den west-

## **Leitanträge**

deutschen Bundesländern der Maßstab sein. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Aufbaujahre vorbei. Wir müssen erkennen: Stillstand und Selbstgenügsamkeit bremsen uns. Lamento und Schwarzmalerei werfen uns zurück. Was wir brauchen, ist Zuversicht und Wagemut, Klugheit und Entschlossenheit. Wir brauchen den zweiten großen Schwung. Wir schaffen das moderne Sachsen!

## **Leitanträge**

### **Antrag L02**

**Votum der Antragskommission:** Diskussion durch Parteitag

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Kommunale Basis stärken**

Drei ereignisreiche Jahre liegen hinter der SPD Sachsen. Im Kommunal-, im Landtags- und Bundestagswahlkampf haben viele von uns gekämpft und alles gegeben. Die Ergebnisse dieser Wahlen sind oft nicht so ausgefallen, wie wir uns das erhofft haben. Trotz einiger Wermutstropfen ist aber auch klar: Wir haben uns gesteigert, wenn auch nur leicht. Und das sollte uns darin bestärken, mit Selbstbewusstsein, Durchhaltevermögen und Fleiß unseren Weg weiterzugehen! Denn auch ein steiniger Weg will gegangen werden.

Wir tragen auf Landes- und Bundesebene und in vielen sächsischen Kommunen Verantwortung. Von den sieben größten sächsischen Städten stellen wir in vier Städten die/den OberbürgermeisterIn. Unsere Erfolge konzentrieren sich dort, wo wir bereits seit vielen Jahren gute und sichtbare kommunalpolitische Arbeit leisten. Aber auch nach den Landratswahlen in diesem Jahr werden alle zehn sächsischen Landkreise von CDU-Landräten geführt und die Zahl weißer Flecken, sprich der Kommunen ohne SPD-MandatsträgerInnen, ist nicht geringer geworden.

Unsere (Ober-)BürgermeisterInnen, MandatsträgerInnen in den Stadt- und Gemeinderäten, den Kreistagen und Mitglieder kennen die Herausforderungen und Probleme vor Ort. Dort, wo wir sozialdemokratische Politik für die Menschen wahrnehmbar machen, erreichen wir auch gute Ergebnisse. Eine gute und wahrnehmbare sozialdemokratische Kommunalpolitik ist die Grundlage für mehr Mobilisierung und erfolgreiche Wahlergebnisse der SPD.

In den kommenden Wahlkämpfen wollen wir als sächsische SPD in der Fläche sichtbare Erfolge erzielen. Die Zeit bis 2019 und 2022 werden wir nutzen, um uns systematisch vorzubereiten. Diese Zielstellung muss in den kommenden Jahren mit Maßnahmen und Strukturen unteretzt werden. Die sächsische SPD setzt diese in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe im Bundestag, der Landtagsfraktion und uns nahestehenden Institutionen um. Hierzu wird es eine personenbezogene Zuständigkeit im Landesvorstand und feste AnsprechpartnerInnen geben, um Maßnahmen zu organisieren, zu koordinieren und zu vermitteln.

In folgenden vier Bereichen sehen wir aktuell besonderen Handlungsbedarf:

#### **1. Vernetzung stärken – Informationen aus erster Hand erhalten**

Wir wollen den regelmäßigen Austausch zwischen unseren KommunalpolitikerInnen und unseren Abgeordneten auf Europa-, Landes- und Bundesebene ausbauen. Unser Ziel ist

## **Leitanträge**

es, unsere MandatsträgerInnen mit Informationen aus erster Hand zu versorgen, denn die Zusammenarbeit mit Abgeordneten auf Europa-, Bundes- und Landesebene ist unser entscheidender Vorteil gegenüber anderen. Diesen Vorteil gilt es zu nutzen.

Die „Kommunalpolitische Konferenz“ soll wiederbelebt werden und jährlich als Diskussionsplattform unserer Ehren- und Hauptamtlichen auf kommunaler Ebene in Sachsen stattfinden. Neben einem Leitthema werden Angebote geschaffen, um sich mit KollegInnen aus anderen Städten, Gemeinden und Kreisen inhaltlich auszutauschen und voneinander zu lernen. Anregungen der kommunalen Ebene für die erfolgreiche Neuauflage der „Kommunalpolitischen Konferenz“ sollen aufgenommen werden.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) soll in Absprache mit den sozialdemokratischen Fraktionen die MandatsträgerInnen vor Ort regelmäßig mit einem „Infobrief“ über gesetzliche und politische Veränderungen, die für die kommunale Ebene relevant sind, informieren. Außerdem werden Fachgespräche zu größeren, speziellen Themen angeboten.

### **2. Gelernt ist gelernt**

Eine ständige Qualifizierung unserer MandatsträgerInnen und Ehrenamtlichen ist für uns eine feste Grundlage erfolgreicher sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Die WählerInnen honorieren vor allem Kompetenz und Zuverlässigkeit. Wir wollen hier bestehende Angebote verbessern. Gemeinsam mit uns nahestehenden Institutionen und der Parteischule soll eine Bildungskonzeption entwickelt werden. Die Angebote sollen gemeinsam mit interessierten KommunalpolitikerInnen erarbeitet werden, abgestimmt auf deren Rahmenbedingungen und Bedarfe.

Der Landesvorstand wird angeregt, ein „Forum Neue Kommunalpolitik“ zu schaffen, um die vielen neuen MandatsträgerInnen in Sachsen zu vernetzen und gezielte Angebote anzubieten. Die personenbezogene Zuständigkeit im Landesvorstand übernimmt die organisatorische Federführung des Forums, alternativ kann eine weitere Person aus der Mitte des Landesvorstandes benannt werden.

### **3. Über den eigenen Tellerrand schauen**

Auf unseren Listen finden sich oft genauso viele Menschen ohne wie mit Parteibuch. Wir wollen diese Zusammenarbeit weiter ausbauen. Über geeignete Maßnahmen, um uns nahestehende parteilose kommunale MandatsträgerInnen näher an die SPD zu binden, soll nachgedacht werden. Neben der gezielten Ansprache vor Ort werden wir in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe im Bundestag und der Landtagsfraktion exklusive Veranstaltungen und Teilungsangebote schaffen.

## **Leitanträge**

### **4. Informationsdatenbank schaffen**

Die bestehende, kommunale Antragsdatenbank der SGK soll wiederbelebt werden, mit einer aktuellen Antrags- und Beschlussübersicht und möglichst einem Forum, welches gute Ideen aus der Öffentlichkeitsarbeit unserer Fraktionen vorstellt. Dies soll zum einen ermöglichen, dass MandatsträgerInnen und Ehrenamtliche über Entscheidungen und Entwicklungen aus anderen Gemeinden, Städten und Kreisen sowie relevante Entwicklungen auf Landesebene schneller informiert werden und zum anderen erfolgreiche Aktionsideen sozialdemokratischer Fraktionen vorstellen.

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

### **Antrag WA02**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Vermögensteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die in den letzten Jahren in Deutschland zu verzeichnende Vermögensentwicklung ist erschreckend. Immer mehr Vermögenswerte sammeln sich in den Händen weniger gut betuchter Leute, während breite Bevölkerungsschichten über kein oder sogar negatives Vermögen, sprich Schulden verfügen. Ausgehend vom aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben die reichsten 10% unserer Gesellschaft Zugriff auf fast 60% des Vermögens, die ärmsten 60% hingegen auf ganze 6%. Dies ist eine Entwicklung, die die Sozialdemokratie sorgen muss, denn sie bedroht mittelfristig die Grundfesten unserer Gesellschaft.

Wachsende Vermögensungleichheit sorgt nicht nur für gesellschaftliche Unzufriedenheit, sondern stellt auch ein ökonomisches Problem dar: Immer mehr Geld wird dem Konsum entzogen, womit die ohnehin schon nicht überwältigende Binnennachfrage in Deutschland weiter geschwächt wird. Die für die Bundesrepublik so prägende Mittelschicht verliert spürbar an Boden und sieht sich wachsenden Abstiegsängsten konfrontiert. Zugleich kann das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen immer seltener eingelöst werden. Denn nicht das eigene Wirken, sondern vielmehr das Vermögen der eigenen Vorfahren bestimmen immer mehr die gesellschaftliche Stellung. Im Hinblick auf die sich abzeichnende Erbschaftswelle droht eine weitere Verschärfung dieser Entwicklung.

Daher ist aus unserer Sicht die rechtlich noch bestehende, aber seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer nach wie vor ein richtiges Mittel. Eine Wiedereinführung in veränderter Form begrüßen wir. Allein durch eine veränderte Besteuerung von Einkommen werden wir nämlich die besorgniserregende Vermögensverteilung kaum ändern können. Daher hat diese Steuer natürlich eine gesellschaftspolitische Funktion, zugleich aber natürlich auch eine fiskalische: Zukunftsinvestitionen und der Erhalt unserer Infrastruktur werden in den kommenden Jahren den massiven Einsatz von Steuermitteln erfordern, die nur schwerlich aus den vorhandenen Quellen gewonnen werden können. Hier könnte die Vermögensteuer als Ländersteuer einen gewichtigen Beitrag leisten.

Selbstverständlich sind wir uns aber den mit der Vermögensteuer einhergehenden Herausforderungen bewusst. Die Erhebungskosten müssen in einem gesunden Verhältnis zu den Einnahmen stehen und der verfassungsrechtliche Gleichheitsgrundsatz darf nicht wieder verletzt werden. Auch die Bewertung von Immobilien- und Betriebsvermögen muss fair erfolgen und darf die wirtschaftliche Basis nicht zerstören. Aus unserer Sicht kann dieser Balanceakt aber mittels großzügiger Freibetragsregelungen und z.B. der Begrenzung der Besteuerung von Betriebsvermögen anhand des Ertrags gelingen. Zentral ist für

**Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

uns auch eine gesamteuropäische Perspektive, um Steuerflucht zu vermeiden oder zumindest auf ein geringes Maß zu reduzieren.

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

### **Antrag WA03**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

#### **Thema:**

#### **Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) bzw. Public-private-Partnerships (PPP) sind aus unserer Sicht kein adäquates Mittel, um öffentliche Infrastruktur zu errichten bzw. zu erhalten. Weitgehend unabhängig von der konkreten Ausgestaltung ergeben sich schwerwiegende Nachteile, die den Einsatz vielfach unwirtschaftlich machen und die demokratische Kontrolle erschweren. Auch muss konstatiert werden, dass ÖPPs zur Behebung des Investitionstaus auf kommunaler Ebene kaum geeignet sind. Aber auch die bisherigen Erfahrungen mit Großprojekten wie z.B. dem Ausbau von Bundesfernstraßen sprechen gegen dieses Mittel. Die skizzierten Nachteile treffen aus unserer Sicht ebenso auf die im Rahmen einer Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministeriums diskutierten neuartigen Modelle (z.B. öffentliche getragene Investitionsbanken oder öffentliche Investitionsfonds) zu.

Im Gegensatz dazu sprechen wir uns insbesondere für eine weitere Stärkung der kommunalen Finanzkraft aus. Mit den umfassenden Entlastungen bei der Grundsicherung, zusätzlichen Mitteln für die Flüchtlingshilfe und z.B. der Aufstockung der Mittel für Städtebau hat die SPD bereits umfassende Erleichterungen für die Kommunen auf den Weg gebracht. Doch um die kommunale Selbstverwaltung wirklich nachhaltig zu gewährleisten und Spielräume zum Abbau des riesigen Investitionsdefizites zu schaffen, müssen weitere Schritte unternommen werden. Dafür sind aus unserer Sicht entsprechende Prioritätensetzungen in den Haushalten, aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen (z.B. Anhebung Spitzensteuersatz und Wiedereinführung Vermögenssteuer) unverzichtbar und sinnvoller.

**SPD-Landesverband Sachsen**  
Außerordentlicher Landesparteitag 2015

7. November 2015  
Görlitz

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

### **Antrag WA04**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Mautpflicht für Omnibusse einführen!**

Basierend auf der bestehenden LKW-Maut ist eine Mautpflicht für Omnibusse einzuführen. Davon ausgenommen sind nur diejenigen, die (nach RegG) im Auftrag des ÖPNV eingesetzt werden.

**SPD-Landesverband Sachsen**  
Außerordentlicher Landesparteitag 2015

7. November 2015  
Görlitz

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

### **Antrag WA05**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste

**Votum des Parteitags:** einstimmig angenommen

### **Thema: Europäische Kerosinsteuer einführen!**

Die SPD Sachsen möge beschließen und an die SPE-Abgeordneten weiterleiten:

Eine Kerosinsteuer auf alle innereuropäischen Flüge ist europaweit einzuführen.

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

### **Antrag WA06**

**Votum der Antragskommission:** Konsensliste, aber Diskussion durch den Parteitag

**Votum des Parteitags:** mit Änderung einstimmig angenommen

### **Thema: Energieland Sachsen – Strukturwandel und Erneuerung**

#### **0. Präambel**

Im Jahr 2000 hat die damalige rot-grüne-Bundesregierung unter Gerhard Schröder mit der Verabschiedung des ersten Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Verhandlung des Atomkompromisses die Umgestaltung der Energieversorgung in Deutschland eingeleitet. Sie war damit Vorreiter der Energiewende, die nach dem Reaktorunfall von Fukushima von 2011 mit dem vorgezogenen Ausstieg aus der Atomenergie und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien ihre logische Fortsetzung fand. Es gilt wegzukommen von den endlichen fossilen Energieträgern - hin zu einer Vollversorgung mit Energie aus Wind, Sonne oder Biomasse. Für diesen Weg gibt es in Deutschland einen klaren gesellschaftlichen Konsens, den wir vollends unterstützen. Es ist ökonomisch sinnvoll und politisch geboten, die Nutzung erneuerbarer Energien voran zu bringen. Die weltweit steigende Nachfrage nach Energie macht die Abhängigkeit vom Import von Öl und Gas risikoreicher. Erneuerbare Energien sind heimische und damit im internationalen Kontext sicher. Im Jahr 2015 wird nicht mehr um das „Ob“ gestritten, sondern nur noch um das „Wie“.

Die Energiewende spielte in Sachsen aus Sicht der SPD bisher eine untergeordnete Rolle. Zum einen hat die Sächsische Staatsregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien jahrelang verschleppt und bürokratisch gebremst, so dass es hier für Sachsen großen Nachholbedarf gibt. Zum anderen stellt die Abkehr von der fossilen Stromerzeugung die hiesige Braunkohlewirtschaft vor erhebliche wirtschaftliche und die betroffenen Regionen vor massive strukturelle Probleme.

Ausgehend von den im energiepolitischen Leitantrag von Januar 2013 formulierten Zielen und den im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2014 bis 2019 zwischen CDU und SPD vereinbarten Maßnahmen, wollen wir die sozialdemokratische Energiepolitik für Sachsen fortschreiben und mit Nachdruck umsetzen.

Die Kernelemente der sächsischen Energiepolitik sind für die SPD Sachsen dabei ein konsequenter Ausbau erneuerbarer Energieträger und eine beschleunigte Entwicklung der notwendigen Speicherinfrastruktur. Wir unterstützen die Weiterentwicklung moderner Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Die SPD Sachsen setzt sich für eine Förderung der für die Transformation der Netze notwendigen Innovationen ein und unterstützt die mit der Energiewende verbundene Umstrukturierung der sächsischen Energiewirtschaft. Die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Dienstleistungen in der Erzeugung, Verteilung und Versorgung mit Energie sind eine Chance für den Wirtschaftsstandort Sachsen.

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

46 Die politische Herausforderung für die sächsische Sozialdemokratie wird hier sowohl die  
47 stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Planungs- und Entscheidungs-  
48 prozessen, als auch die Artikulation und Durchsetzung der sächsischen Interessen im  
49 Bund und in Europa sein. Wir haben die Möglichkeit und Chance, durch eine rationale und  
50 nachhaltige Energiepolitik eine zukunftsfähige Energieversorgung zu gestalten, die auf die  
51 globalen Herausforderungen reagiert und dabei Bürgerinnen und Bürger sowie Unter-  
52 nehmen mitnimmt. Diese Chance sollten wir nutzen.

53

54

### **1. Erreichung energiepolitischer Ziele**

56

57 Die SPD Sachsen bekennt sich zum Ziel, bis zum Jahr 2050 den Energiebedarf des Frei-  
58 staates vollständig aus erneuerbaren Quellen zu decken. Dem weiteren Ausbau der  
59 Windkraft und der Photovoltaik kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

60

61 Für die Entwicklung der Windenergie spielen die Landesplanung und insbesondere die  
62 regionalen Planungsverbände eine wichtige Rolle. Die Planungszielvorgaben müssen mit  
63 den Vorgaben für die Ausbauziele zur Nutzung der erneuerbaren Energien eng verbun-  
64 den und umgesetzt werden. Die SPD Sachsen setzt auf Rahmenbedingungen, die es den  
65 regionalen Planungsverbänden möglich machen, die notwendigen Vorrang- und Eig-  
66 nungsgebiete für neue Windparks auszuweisen. Wir setzen dabei auf flexible Abstands-  
67 regelungen, die geografische Gegebenheiten berücksichtigen. Sowohl die Ausweisung  
68 von Flächen als auch das Genehmigungsverfahren sollen auf kommunaler Ebene bleiben.

69

70 Die Transformation unseres Energiesystems wird nur dann erfolgreich sein, wenn die  
71 Speicherung von größeren Strommengen gelingt. Dieser Herausforderung müssen sich  
72 die sächsische Industrie und die Forschung im Freistaat stellen. Die SPD Sachsen wird  
73 sich für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen.

74

75 Die Ausbauziele sind nur dann erreichbar, wenn im privaten Bereich, im Gewerbe und der  
76 Industrie sowie im Verkehr konsequent auf eine Verringerung des Energieverbrauchs und  
77 die Erhöhung der Energieeffizienz hingearbeitet wird.

78 Aufgrund der höheren Wirkungsgrade muss bei Wärmeenergieerzeugung und Verkehr vermehrt  
79 auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen statt auf fossile Energieträger gesetzt wer-  
80 den.

81

82 Unverzichtbar sind auch eine verbesserte Förderung und ein vermehrter Einsatz von  
83 Kraft-Wärme-Kopplung vor allem bei kommunalen Energieversorgern und Stadtwerken.  
84 Die öffentliche Hand muss in diesem Bereich als Vorreiter und Beispielgeber fungieren.

85

### **2. Beteiligung schafft Akzeptanz – bürgerschaftliches Engagement ermöglichen**

88

89 Die SPD Sachsen sieht in der stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen  
90 Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung des Transformationsprozesses. Nach wie vor

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

91 gibt es hohe Akzeptanzwerte für die Energiewende, die es zu pflegen gilt. Das muss zum  
92 einen durch frühzeitige Einbindung in Ausbauplanungen vor Ort geschehen, aber auch  
93 durch stärkere Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Dabei spielen  
94 auch kommunale Beteiligungsmodelle eine Rolle. So könnte bspw. gesetzlich verankert  
95 werden, dass in kommunalen Ausschreibeverfahren Bewerbungen von Bürgern und Bür-  
96 gerinnen für ein Kraftwerk gegenüber Energiekonzernen zuerst berücksichtigt werden  
97

98 Die Bürgerinnen und Bürger sollen vom Ausbau der erneuerbaren Energien unmittelbar  
99 profitieren. Die SPD Sachsen setzt sich für eine verbindliche Bürgerbeteiligung im Vorfeld  
100 der notwendigen Planungsprozesse ein.  
101

102

103

### **3. Energieeffizienz als wichtiger Baustein der Energiewende**

104

105 Entsprechend der Erkenntnis, dass die beste Energie jene ist, die man nicht verbraucht,  
106 wollen wir die Effizienz der Energieerzeugung und -nutzung steigern. Die Verbesserung  
107 der Energieeffizienz ist unabdingbar, wenn wir Nachhaltigkeit erreichen wollen. Rationelle  
108 Energieanwendung schafft Sicherheit, verringert Umweltbelastungen und reduziert auf  
109 mittlere Sicht die Kosten. Das kommt allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute.  
110

111

112 Die Sächsische Energieagentur (SAENA) spielt bei der Information und Beratung von  
113 Unternehmen, Kommunen und privaten BauherrInnen bei Fragen der Energieeffizienz  
114 eine bedeutende Rolle. Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass die SAENA die not-  
115 wendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung hat, um diesen Aufga-  
116 ben gerecht zu werden.

116

117 Die SPD Sachsen fordert die Sächsische Staatsregierung auf, mit zusätzlichen Mitteln  
118 unter anderem weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu fördern, so  
119 zum Beispiel:  
120

121

- 122 • Die Entwicklung, Information und Moderation von Energieeffizienzprogrammen wie  
123 beispielsweise die Förderung von Passivhäusern
- 124 • Die Ausweitung und Umschreibung der „Aktion Ökoprotit“, eines Umweltmanage-  
125 mentansatzes in Kooperation von Kommunen und Wirtschaft zur gleichzeitigen  
126 Entlastung der Umwelt und Senkung der Betriebskosten
- 127 • Die Ausschreibung, Begleitung und Förderung von Pilotprojekten, z.B. eine an-  
128 gebotsorientierte Tarifgestaltung für Privathaushalte und Unternehmen zur Sen-  
129 kung der Endkundenstrompreise.

129

130 Die Begleitung von Betrieben in öffentlicher Hand bei der Umsetzung der gestellten Kli-  
131 mazielen durch die SAENA ist weiter von besonderer Bedeutung.

132 Ein weiterer Schwerpunkt für Effizienzverbesserungen muss nach Auffassung der SPD  
133 Sachsen die Energieanwendung insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen  
134 sein. Dort fehlt es oft an Know-how und an Kapazitäten, um Maßnahmen, die wirtschaft-  
135 lich sind, zu erkennen und umzusetzen.

## Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

136

137

138

### **4. Energie muss bezahlbar bleiben**

139

140 Hohe Strompreise gefährden die Akzeptanz der erneuerbaren Energien in der Bevölke-  
141 rung und die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland.

142

143 Vor dem Hintergrund erhöhter Aufwendungen für künftige Stromspeicher und Reserve-  
144 kraftwerke sowie Ausgleichszahlungen im Falle der Abschaltung von Anlagen der erneu-  
145 erbaren Energiebereitstellung zur Sicherung der Netzstabilität, kommt der Stabilisierung  
146 der zukünftigen Stromkosten in Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Neue, flexible  
147 und an Angebot und Nachfrage orientierte Stromtarife können einen wichtigen Beitrag zur  
148 Senkung der Strompreise leisten.

149

150 Wir setzen uns dafür ein, dass die Sächsische Energieagentur in Zusammenarbeit mit  
151 einem sächsischen Energieversorger einen Pilotversuch für neue flexible Stromtarife star-  
152 tet.

153

154

### **5. Konversion von fossiler Energie hin zu erneuerbaren Energien – Die Lausitz braucht eine Zukunft**

155

156 Wir werden die erforderlichen und notwendigen Veränderungen in der Braunkohleindust-  
157 rie nicht dem Selbstlauf überlassen, sondern aktiv mitgestalten. In einem Strukturwandel  
158 liegen stets auch Chancen für neues Wachstum, neue Beschäftigung und eine bessere  
159 Lebens- und Arbeitsqualität. Diese wollen wir nutzen, um Arbeitsplatzverluste und massi-  
160 ve strukturelle Probleme zu verhindern sowie die Zukunftsfähigkeit der Braunkohleregio-  
161 nen sichern.

162

163 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, neue Industrien in den vom Strukturwandel betrof-  
164 fenen Regionen anzusiedeln und zu fördern. Dabei geht es nicht nur um Unter-nehmen,  
165 die sich mit der Erzeugung und Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen  
166 beschäftigen, sondern auch um solche, die Konversionstechnologien (z.B. Power-to-Gas)  
167 oder Speichertechnologien entwickeln.

168

169 Wichtig ist uns dabei, machbaren Fortschritt zu gestalten und Strukturbrüche zu vermei-  
170 den. Es muss gelingen, einen Dominoeffekt mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern  
171 und den Menschen Sicherheit in den Regionen zu geben. Wir setzen dabei auf verstärkte  
172 industrielle Forschung. Mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten kann man Zukunft  
173 im Sinne der Menschen, der Region und der Umwelt belastbar gestalten. Neue Ressour-  
174 cen, neue Technologien, neue Verfahren und Produkte können auch für unsere Reviere  
175 der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung sein. So gilt es, weitere Nutzungsmöglich-  
176 keiten für eine CO<sub>2</sub>-arme stoffliche Nutzung der heimischen Braunkohle zu entwickeln.

177 Diese Option, auch im Chemie- und Kraftwerksverbund oder unter Einbeziehung von er-  
178 neuerbarer Energie, bietet die größtmöglichen Effekte der CO<sub>2</sub>-Minderung bei gleichzeiti-  
179

180

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

181 ger wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit. Mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten  
182 kann man Zukunft im Sinne der Menschen, der Regionen und der Umwelt belastbar ge-  
183 stalten. Dies gilt neben der Lausitz auch für das mitteldeutsche Chemiedreieck.

184

185 Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung des Strukturwandels in den von Braunkohle-  
186 abbau und -verstromung geprägten Regionen im Freistaat Sachsen ein. Wir erkennen an,  
187 dass vor allem das Lausitzer Revier bereits seit 1990 von einem Struktur-wandel betroffen  
188 ist. Besonders wichtig ist uns eine regionsübergreifende Stärkung der Wirtschaftsstruktu-  
189 ren. Wir setzen dabei auf ein Konzept mit allen betroffenen Bundes-ländern und dem  
190 Bund. Nur so kann es gelingen, eine tragfähige industrielle Entwicklung, die gute Arbeit  
191 und Wohlstand sichert, auf den Weg zu bringen. Ziel muss sein, die vorhandene Wert-  
192 schöpfung der Regionen durch Industrieansiedlung zu erhalten.

193

194 Sachsen und Brandenburg sollten prüfen, ob beide Länder mit einer Projektentwick-  
195 lungsgesellschaft den Wandel begleiten und gemeinsame Handlungsfelder für die zu-  
196 künftige wirtschaftliche Entwicklung der Braunkohleregionen aufzeigen können.

197

198

### **6. Bedarfsorientierte und leistungsfähige Netzinfrastruktur**

199

200  
201 Die Ertüchtigung der Verteilnetze ist die Voraussetzung für die Einspeisung von dezentral  
202 erzeugtem Strom. Wir werden die sächsische Energiepolitik europäisch denken, denn  
203 Stromfluss kennt keine Grenzen. Die durch die deutschen Netzengpässe in Polen, Tsche-  
204chien und Ungarn erzeugten Ringflüsse belasten die dortigen Netze bis zum Rande der  
205 Systemstabilität. Wir werden die sächsische Energiepolitik überregional und international  
206 betreiben. Es gilt die Energiewende im Konsens mit unseren Nachbarn Sachsen-Anhalt,  
207 Brandenburg, aber auch Polen und Tschechien zum Erfolg zu führen.

208

209

### **7. Moderne Mobilität**

210

211  
212 Der motorisierte Verkehr hat eine hohe Klima- und Energierelevanz. Durch die Verwen-  
213 dung von Elektro- statt Verbrennungsmotoren kann die Energieeffizienz des Verkehrs  
214 deutlich erhöht werden. Wir unterstützen den Ausbau der notwendigen Ladestelleninfra-  
215 struktur. Dem übergeordnet, setzen wir uns dafür ein, die Förderung für den öffentlichen  
216 Personennahverkehr, d. h. Busse und Straßenbahnen, weiterhin auf höchstem Niveau  
217 fortzuführen. Dazu streben wir eine erhebliche Steigerung der jetzigen Fördersumme an.

218

219 Darüber hinaus wollen wir zusätzliche Anreize für eine weitere Verbreitung von Jobtickets  
220 schaffen. Ein Jobticket ist ein bewährtes und attraktives Instrument, um für den Arbeits-  
221 weg den Nahverkehr zu günstigen Preisen zu nutzen. Das verringert das Verkehrsauf-  
222 kommen und schont die Umwelt.

223

224

225

## **Anträge Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr**

### **8. Forschung und Entwicklung**

Die SPD Sachsen setzt sich für die Einführung eines Masterplans „Energieforschung und Speichertechnologie“ ein. Dieser beinhaltet die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle zur organisatorischen Bündelung der Energieforschungsaktivitäten auf Landesebene. Eine staatlich getragene Initiative soll Firmenverbände koordinieren, die gemeinsam Speicherlösungen entwickeln und umsetzen.

### **9. Gestaltung einer zukunftsfähigen sächsischen Energiewirtschaft**

Die Energiewende wird bisher von den großen Versorgungsunternehmen und der energieintensiven Industrie bestimmt. Diese Dominanz gilt es zu brechen. Es etablieren sich viele kleine und mittelständische Akteure, die als Versorger, Entwickler, Projektierer, Vermarkter oder Dienstleister im Energiesektor tätig sind. Die SPD Sachsen sieht hier eine große Chance für den Freistaat, von dem durch die Energiewende ausgelösten Strukturwandel zu profitieren. Es gibt herausragende technologische Forschungszentren, deren Absolventinnen und Absolventen Innovationen und Unternehmergeist in die sächsische Wirtschaft einbringen. Die sächsische Sozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, diesen zumeist jungen Menschen im Freistaat eine berufliche Perspektive zu geben und Gründungen und Unternehmensentwicklung zu fördern. Um dies zu unterstützen, wollen wir die Teilnahme von sächsischen Unternehmen an bundesweiten Ausschreibungen wie dem „Schaufenster Intelligente Energie“ weiter fördern.

Durch ihre Regierungsbeteiligung trägt die SPD Sachsen unter anderem Ressortverantwortung für Wirtschaft, Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur. Hier bieten sich im Gegensatz zu anderen Bundesländern und dem Bund konkrete Möglichkeiten, zentrale Elemente der Energiewende wie die Förderung der Elektromobilität oder die Schaffung intelligenter Energienetze innerhalb eines Ressorts zu koordinieren und ohne politische Reibungsverluste effizient umzusetzen. Diese Chance wollen wir nutzen – für eine zukunftsfähige Energieversorgung, für ein zukunftsfähiges Sachsen.